

Stadt Zofingen

Protokoll des Einwohnerrates

Amtsperiode 2006/09

4. Sitzung

Montag, 19. Oktober 2009

18.00 – 21.00 Uhr im Stadtsaal

Vorsitz

Käthi Hagmann, Ratspräsidentin

Protokollführer

Arthur Senn, Stadtschreiber

Anwesend

37 Mitglieder des Einwohnerrates

6 Mitglieder des Stadtrates

- Catrin Friedli-Accola, Stadtschreiber-Stv.
- Thomas Gloor, Leiter Stabsdienste
- René Küng, Leiter Finanzen und Personal
- Carola Pfeiffer, Leiterin Stadtmarketing
- Werner Ryter, Leiter Bau und Umwelt
- Heinz Schürch, Leiter Seniorenzentrum
- Stefan Wettstein, Chef Regionalpolizei a.i.
- Cornelia Zürcher, Leiterin Bereich Soziales

Entschuldigungen

- Mirella Bär-Combertaldi, Einwohnerrätin
- Irma Jordi, Einwohnerrätin
- Anne-Käthi Kremer, Einwohnerrätin

<u>Traktanden</u>	<u>Seite</u>
1. Mitteilungen	438
2. Einbürgerungen	
GK 193 5 Einbürgerungsgesuche	440
–	
GK 197	
3. Voranschlag	
GK 198 Voranschlag 2010 inkl. Festsetzung des Gemeindesteuerfusses für 2010; Finanzpläne sowie Projekt- und Investitionskontrolle 2010 – 2014 der Ein- wohnergemeinde Zofingen	441
4. Kreditbewilligungen	
GK 199 Hochwasserschutzmassnahmen beim Moosbach und Sonnenwand- bach (Ortsteil Mühlethal)	454
GK 200 Hochwasserschutzmassnahmen beim Altachenbach	458
5. Berichterstattung	
GK 201 Aufarbeitung der Vorfälle im Ressort Sicherheit, Behebung der Defizite und Lehren für die Zukunft	458
6. Parlamentarische Vorstösse	
GK 192 Motion der SP-Fraktion vom 15. Juni 2009 betr. Energiefonds (Begrün- dung und Beantwortung)	459
7. Umfrage	461

Begrüssung

Fr. Käthi Hagmann, Ratspräsidentin, begrüsst die anwesenden Mitglieder des Einwohnerrates, des Stadtrates, die Kaderleute der Verwaltung, die Stadtsaalcrew, die Medienvertreter sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne zur vierten Sitzung im Jahr 2009.

Für die heutige Sitzung haben sich Mirella Bär, Irma Jordi sowie Anne-Käthi Kremer entschuldigt. Mirella Bär fällt krankheitshalber für einige Wochen aus. Die Ratspräsidentin hatte jedoch kürzlich Kontakt mit ihr und sie befindet sich auf dem Weg der Genesung. Zurzeit ist sie in der Rehabilitation. Die Vorsitzende wünscht ihr von hier aus alles Gute.

Der Rat ist mit 37 Mitgliedern verhandlungsfähig. Die Traktandenliste wurde rechtzeitig zugestellt. Nachdem keine Einwände gegen diese gemacht werden, können die Geschäfte in der vorgesehenen Reihenfolge behandelt werden.

Mitteilungen

Vorfälle rund um den ehemaligen Repol-Chef Mathias P. Müller haben zum **Rücktritt von Stadtrat Herbert H. Scholl** geführt. Die Vorsitzende liest das Rücktrittsschreiben vor, welches er an den Leiter der Gemeindeabteilung des Kantons Aargau adressiert hat. Der Regierungsrat sowie der Stadtrat Zofingen haben je eine Kopie davon erhalten: „...Mit Datum vom 15. August 2009 habe ich mit sofortiger Wirkung meinen Rücktritt als Stadtrat von Zofingen bekannt gegeben. Damit übernehme ich die formelle politische Verantwortung für die Vorkommnisse rund um die Person des ehemaligen Repol-Chefs Mathias P. Müller. Dieser Entscheid ist mir nicht leicht gefallen, ich habe ihn für die Stadt Zofingen und für die Regionalpolizei Zofingen

gefällt. Ich stelle Ihnen deshalb das Gesuch, mich auf den 15. August 2009 aus dem Amt als Stadtrat von Zofingen zu entlassen...“

Dr. Walter Mischler, hat das Rücktrittsgesuch angenommen und das Bezirksamt Zofingen wie folgt informiert: „...Wie Sie der beiliegenden Briefkopie entnehmen können, haben wir dem Demissionsgesuch von Herbert H. Scholl als Stadtrat von Zofingen stattgegeben. Angesichts der kurz bevorstehenden, neuen Amtsperiode ist auf die Durchführung einer Ersatzwahl für die laufende Amtsperiode zu verzichten. Für die Amtsperiode 2010/13 ist jedoch eine Ersatzwahl anzuordnen. Die Frage des vorzeitigen Amtseinsatzes eines bereits für 2010/13 gewählten Stadtrates wird zwischen der Stadt Zofingen und der Gemeindeabteilung direkt geklärt...“

Diesen Stand hat man bereits erreicht, die Ersatzwahl für Herbert H. Scholl wurde eingeleitet. Die beiden Damen und der Herr befinden sich schon im Wahlkampf. Die Ersatzwahl für den Stadtrat findet zusammen mit der Wahl des Stadtammanns und des Vizeammanns am 29. November 2009 statt. Eine Würdigung von Herbert H. Scholl erfolgt an der nächsten Einwohnerratssitzung, zusammen mit den weiteren Verabschiedungen, welche dann anstehen.

Alt Stadtrat Hans Graber ist im August im Alter von 85 Jahren verstorben. Er hat sich während 12 Jahren mit grossem Engagement für die Zofinger Öffentlichkeit eingesetzt. Hans Graber war von 1978 bis 1989 Mitglied des Stadtrates. Sein Hauptressort waren die Altersheime. Während seiner Amtszeit präsidierte er die Kommission für das Altersheim „Rosenberg“ und später die Baukommission Altersheim „Im Tanner“. Daneben war der bekannte und beliebte Konditormeister Vorstandsmitglied der Kaufmännischen und der Gewerblich-industriellen Berufsschulen sowie Mitglied verschiedener weiterer Kommissionen und Arbeitsgruppen. Legendär waren offenbar seine dichterischen Fähigkeiten, welche seine Auftritte immer wieder zu einem Erlebnis werden liessen. Im Namen des Einwohnerrates dankt die Vorsitzende dem Verstorbenen für seinen grossen Einsatz und entbietet den Angehörigen ihr Beileid.

Vor kurzer Zeit ist auch **Hugo Eichenberger** verstorben. Er war Ehrenbürger und hat auf der Stadtverwaltung Zofingen als Kanzlist angefangen, wurde dann Vizestadtschreiber und später Leiter des Zivilstandsamtes. Hugo Eichenberger war sage und schreibe insgesamt 45 Jahre im Dienste der Stadt Zofingen. Nach seiner Pensionierung hat er die neue Auflage des Ortsbürgerbuches erarbeitet.

Die Vorsitzende bittet alle Anwesenden, sich zu Ehren von Hans Graber und Hugo Eichenberger für eine Gedenkminute von ihren Plätzen zu erheben.

Resultate der Stadtratswahlen vom 9. August 2009

Stimmberechtigte	7'544
In Betracht fallende Stimmzettel	2'572
Stimmbeteiligung	34,31 %
Absolutes Mehr	898

Gewählt bzw. wieder gewählt wurden:

Hans-Ruedi Hottiger, parteilos, bisher	1'852
Annegret Dubach-Lemberg, SP, bisher	1'664
Herbert H. Scholl, FDP, bisher	1'564
Hans-Martin Plüss, SP, neu	1'531
Käthi Hagmann-Schibler, DYM/CVP, neu	1'421
Therese Müller-Widmer, SVP, bisher	1'335
Rolf Moor, FDP, neu	1'324

Die Vorsitzende gratuliert allen gewählten Mitgliedern des Stadtrates zur ehrenvollen Wahl und wünscht ihnen in ihrem anspruchsvollen Amt Zufriedenheit, Glück und Erfolg.

Resultate der Einwohnerratswahlen vom 27. September 2009

Stimmberechtigte	7'523
Gültige Wahlzettel	2'459
Stimmbeteiligung	32,8 %

Aus zeitlichen Gründen wird auf eine Aufzählung der einzelnen Wahlergebnisse verzichtet. Die Vorsitzende gratuliert den wieder- und neugewählten Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten ganz herzlich zur Wahl. Sie wünscht den Mitgliedern des Einwohnerrates alles Gute und viel Zufriedenheit in ihrem Amt.

Nachdem gegen die **Protokolle** der Einwohnerratssitzungen vom 25. Mai und 15. Juni 2009 innerhalb der Frist keine Einwände eingegangen sind, werden diese unter bester Verdankung an den Ratssekretär als genehmigt erklärt. An dieser Stelle möchte sich die Vorsitzende bei Stadtschreiber und Ratssekretär Arthur Senn sowie seinem gesamten Team auf der Stadtkanzlei für die anspruchsvolle und zeitaufwändige Protokollierungsarbeit ganz herzlich bedanken. Es ist nicht selbstverständlich, dass man stets fehlerfreie und exakte Protokolle beinahe ausnahmslos fristgerecht vorgelegt bekommt.

Die Vorsitzende gratuliert Einwohnerrätin Nadia Kuhn zur **Geburt** ihrer Tochter. Lara Johanna wurde am 2. Juni 2009 geboren und wird nun mit 3 Monaten ihre Eltern vermutlich bereits ziemlich auf Trab halten. Sie wünscht der jungen Familie Glück und Gesundheit und überreicht Nadia Kuhn das obligate Geschenk.

Neueingänge

Keine.

Den Einwohnerratsmitgliedern wurden an der heutigen Sitzung folgende **Unterlagen verteilt**:

- Aktualisierte Sitzordnung
- Aktualisierte Adressliste
- Jahresbericht 2008 Museum Zofingen
- A4-Block der Stadt Zofingen mit dem neuen Logo

Art. 150

Einbürgerungen

GK 193 bis GK 197

Hr. Robert Weishaupt, Referent der FGPK, spricht in Vertretung von Mirella Bär. Sie hat ihm die entsprechenden Unterlagen zugestellt. Heute liegen fünf Einbürgerungsgesuche vor. Alle Gesuchstellenden sprechen akzentfrei Mundart. Sie sind teilweise in der Schweiz geboren und kennen ihr eigentliches Heimatland nur aus den Ferien. Der Einbürgerungskommission erscheinen die Gesuchstellenden genügend integriert und sie empfiehlt alle Gesuche zur Annahme. Er verzichtet darauf, alle Details, welche in den Einwohnerratsvorlagen ersichtlich sind, zu erwähnen.

In der FGPK wurden die Einbürgerungsgesuche ebenfalls behandelt. Diese gaben keinen Anlass zu Diskussionen. Gestützt auf die Aussagen des Stadtrates und dem Bericht der Einbürgerungskommission hat die FGPK allen Gesuchen jeweils mit 8:0 Stimmen zugestimmt. Sie empfiehlt dem Einwohnerrat deshalb, diese ebenfalls anzunehmen.

Nachdem zu den Einbürgerungsgesuchen das Wort nicht weiter gewünscht wird, lässt die Vorsitzende über die stadträtlichen Anträge abstimmen:

GK 193

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 36:0 Stimmen zugestimmt.

GK 194

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 36:0 Stimmen zugestimmt.

GK 195

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 34:0 Stimmen zugestimmt.

GK 196

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 36:0 Stimmen zugestimmt.

GK 197

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 36:0 Stimmen zugestimmt.

Die Vorsitzende gratuliert den Gesuchstellenden ganz herzlich zu ihren sehr guten Resultaten, mit welchen sie in das Zofinger Gemeindebürgerrecht aufgenommen wurden, und wünscht ihnen alles Gute.

Art. 151

GK 198

Voranschlag 2010 inkl. Festsetzung des Gemeindesteuerfusses für 2010; Finanzpläne sowie Projekt- und Investitionskontrolle 2010 – 2014 der Einwohnergemeinde Zofingen

Vorgehen

Falls Eintreten nicht bestritten ist, wird zuerst die Eintretensdebatte geführt. Danach folgt die Detailberatung, welche – wie immer – nach Dienststellen unterteilt wird. Anschliessend werden die Artengliederung, die Investitionsrechnung, der Investitionsplan sowie der Finanzplan behandelt. Die Kommissionssprecherin hat als Erste das Wort.

Da bereits seit längerer Zeit keine Einwohnerratssitzung mehr stattfand, möchte Fr. Patricia Kettner, Präsidentin der FGPK, die Anwesenden über zwei Angelegenheiten aus der FGPK orientieren. Dies wurde so mit dem Stadtrat abgesprochen. Aufgrund ihrer Ferienabwesenheit hatte sie leider keine Zeit mehr, mit der Ratspräsidentin vorgängig Kontakt aufzunehmen.

Am 26. August 2009 fand eine FGPK-Sitzung statt, bei welcher es um die Entlassung des Polizeichefs ging. Eine Delegation des Stadtrates, ohne Herbert H. Scholl, nahm an der Sitzung teil und informierte die FGPK über die Vorkommnisse sowie die Entlassung. Das Ziel dieser Sitzung war in erster Linie, die Zuständigkeit zu klären. Aufgrund der Gemeindeordnung konnte man klar davon ausgehen, dass die Legislative nicht zuständig ist für diese Vorkommnisse und auch kein Handlungsbedarf besteht. Erst mit dem Geschäftsbericht 2009 ist es Aufgabe der Legislative, die Arbeit des Stadtrates zu verabschieden und damit von allen Geschäften Kenntnis zu nehmen. Selbstverständlich kann die Legislative mittels parlamentarischen Instrumenten jederzeit Fragen und Forderungen stellen. Aus Sicht der FGPK gab es zum damaligen Zeitpunkt – und bis heute – jedoch keinen Anlass zu ausserordentlichem Handeln durch die Legislative. Nichts desto trotz war es der Wunsch dieser Stadtratsdelegation in einer vertrauensvollen Atmosphäre über die Geschehnisse zu orientieren, ohne, dass die Geschichte noch mehr Kreise zieht. Die anwesenden Stadtratsmitglieder haben der FGPK an dieser Sitzung zugesichert, dass der Stadtrat den Einwohnerrat rechtzeitig ausführlich informieren wird. Dies ist in der Zwischenzeit geschehen, die Einwohnerratsmitglieder konnten in ihren Fraktionen von seinem Bericht Kenntnis nehmen.

Die FGPK spricht dem Stadtrat sowie dem Polizeicorps das Vertrauen aus, dass mit den ergriffenen, eingeleiteten und geplanten Massnahmen wieder effizient und zum Wohle der Stadt Zofingen gearbeitet werden kann. Bei dieser Gelegenheit dankt sie Herbert H. Scholl für die geleistete Arbeit und respektiert seinen Entscheid, aus dem Stadtrat zurückzutreten.

Bei der zweiten Angelegenheit handelt es sich um den Belagsersatz und die Verstärkung der Fahrbahn der Unteren Brühlstrasse. Der Stadtrat hat der Präsidentin der FGPK am 19. August 2009 einen Protokollauszug zukommen lassen, in welchem steht, dass bei der Unteren Brühl-

strasse für den Belagsersatz und die Verstärkung der Fahrbahn ein Kredit in der Höhe von CHF 591'000.– gesprochen wurde. Eingestellt waren CHF 100'000.–.

Aufgrund der Dringlichkeit und des Zugzwangs in Form der laufenden Bauarbeiten, hat der Stadtrat auf die Einholung eines Kreditbeschlusses beim Einwohnerrat verzichtet. Wegen der doch hohen Summe und Komplexität des Geschäfts, hat sie den zuständigen Ressortvorsteher Urs Schaufelberger an die FGPK-Sitzung vom 24. September 2009 eingeladen. Er hat die FGPK über den unglücklichen Verlauf dieses Bauprojekts orientiert, wobei die Federführung beim Kanton liegt.

Aufgrund eines Wechsels des Ingenieurbüros kam es zu Verzögerungen und eine Neubeurteilung musste vorgenommen werden. Diese fiel wesentlich schlechter aus. Weil dieser Strassenabschnitt künftig als Versorgungsrouten dient, muss er den Anforderungen zwingend genügen. Dies bringt diese erheblichen Mehrkosten mit sich. Patricia Kettner verzichtet an dieser Stelle darauf, alle Details zu erwähnen.

Weil sich die Strasse zudem vollumfänglich in Gemeindebesitz befindet, muss die Stadt Zofingen die Kosten vorerst auch vollends tragen. Vom Kanton werden allerdings CHF 141'000.– rückvergütet, wenn diese Strasse als Teil der Wiggertalstrasse zur Kantonsstrasse aufgewertet wird.

Vizeamann Urs Schaufelberger konnte alle Fragen der FGPK zur vollsten Zufriedenheit beantworten. Die FGPK hält fest, dass die Mehrkosten aufgrund einer Fehlbeurteilung des Kantons bzw. Ingenieurbüros entstanden sind, was unschön ist. Noch viel unschöner wäre jedoch gewesen, wenn der Stadtrat den ordentlichen Weg beschränkt hätte und nächstes Jahr an derselben Stelle wiederum gebaut worden wäre.

In diesem Sinne hat die FGPK von den Kosten Kenntnis genommen. Der Einwohnerrat wird diese mit der Abnahme des Geschäftsberichtes und der Rechnung 2009 im nächsten Jahr genehmigen. Da es sich um einen grossen Betrag handelt, war es der FGPK ein Anliegen, den Einwohnerrat darüber zu orientieren.

Nun kommt Patricia Kettner zum eigentlichen Geschäft, dem Voranschlag 2010:

Vorgehen

Stadtammann Hans-Ruedi Hottiger und Leiter Finanzen und Personal René Küng haben an der FGPK-Sitzung vom 2. September 2009 den Voranschlag sowie die Finanzplanung für die kommenden Jahre präsentiert. Die wesentlichen Informationen und Kennzahlen aus der Präsentation sind in der Einwohnerratsvorlage übersichtlich aufgeführt und erläutert. Sie verzichtet darauf, diese hier zu wiederholen.

Die Mitglieder der FGPK haben in der Zeit vom 3. bis 14. September 2009 den Voranschlag 2010 geprüft sowie technische Fragen eingereicht, welche sowohl von der Finanzverwaltung als auch der übrigen Verwaltung zufriedenstellend beantwortet wurden. Sie geht davon aus, dass die Mitglieder der FGPK ihren Fraktionen bei Bedarf die offenen Fragen beantworten konnten.

Die politischen Fragen wurden an der FGPK-Sitzung vom 24. September 2009, an welcher der Stadtrat in corpore teilnahm, diskutiert. Diese wurden durch die einzelnen Stadtratsmitglieder mehrheitlich zufriedenstellend beantwortet.

Würdigung des Ergebnisses

Der Voranschlag 2010 ist geprägt durch die angespannte Wirtschaftslage. Die FGPK nahm zur Kenntnis, dass der Stadtrat und die Verwaltung in mehreren Budgetberatungen für ein optimiertes Budget gekämpft haben. Sie begrüsst – vor dem Hintergrund der Mindererträge bei den Steuern, insbesondere bei den Aktiensteuern – dass der Stadtrat die Beibehaltung des Steuerfusses beantragt.

Ebenfalls zu begrüssen ist, dass trotz schlechter Belastbarkeit und Selbstfinanzierung, gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, an den relativ hohen und für Zofingen wichtigen Investitio-

nen festgehalten wird. Dies führt kurz- und mittelfristig zu einem Anstieg der Verschuldung. Vor dem Hintergrund der komfortablen Verschuldungssituation ist diese Strategie jedoch verantwortbar.

Auch die Vorwärtsstrategie des Stadtrates mit dem Ziel, mehr Einnahmen zu generieren, welche der FGPK anschaulich erläutert wurde, wird von dieser begrüsst. Messbare Erfolge müssen allerdings innerhalb der nächsten zwei Jahre deutlich sichtbar werden. Es ist nicht zu leugnen, dass der Aufwand im Voranschlag 2010 steigt und der Ertrag sinkt. Falls diese Entwicklung anhält und die angestrebte Wachstumsstrategie nicht greift, muss der Stadtrat mittelfristig eine Verzichtsplanning in Angriff nehmen.

Lohnanpassungen

Die FGPK stimmt der vorgeschlagenen Anpassung der Lohnsumme um 1,25 % zu. Diese liegt knapp über der vom Kanton geplanten Erhöhung für das Kantonspersonal, an welcher man sich orientiert und welche 1 % beträgt. In Anbetracht der zu erwartenden Minussteuerung darf diese Reallohnerrhöhung als Zeichen der Wertschätzung für die Arbeit der Verwaltung in einem nicht ganz einfachen Umfeld gewertet werden. Die FGPK lädt den Stadtrat ein, wiederum den höheren Anteil dieser 1,25 % leistungsabhängig zu gewähren. Sehr gute Leistungen sollen belohnt werden. Zudem soll mit dem Leistungsanteil auch ein Anreiz geschaffen werden.

Steigerung des Nettoaufwandes

Mit CHF 0,28 Mio. bzw. 1,05 % liegt diese im Rahmen. Vor allem, wenn man bedenkt, dass sie insbesondere auf nicht beeinflussbare kostendynamische Positionen zurückzuführen ist. Eine spürbare Aufwandminderung ist nur mit einer Verzichtsplanning zu erzielen. Diese Diskussion muss in der nächsten Legislaturperiode im Stadtrat und im Parlament vorausschauend geführt werden.

Zahlung in den Finanzausgleich

Die Stadt Zofingen bezahlt im Jahr 2010 CHF 1,24 Mio. in den Finanzausgleich. Letztes Jahr waren es CHF 691'000.–. Für zwei Jahre ergibt dies also rund CHF 2 Mio. Im Bezirk Zofingen bezahlt einzig noch die Gemeinde Safenwil in den Finanzausgleich. Wohin fliesst dieses Geld? Die Gemeinde Attelwil beispielsweise bezieht nächstes Jahr CHF 426'000.– aus dem Finanzausgleich und hat einen Steuerfuss von 98 %. Uerkheim erhält nächstes Jahr CHF 543'000.– aus dem Finanzausgleich, Bottenwil CHF 396'000.–. Auch wenn das GeRAG-Paket leider abgelehnt wurde, stellt sich doch die Frage, inwiefern diese Strukturhaltungszahlungen Sinn machen. Die FGPK lädt Grossrat und Stadtammann Hans-Ruedi Hottiger ein, sich im Parlament für neue Lösungen einzusetzen, damit solche Fusionshemmnisse abgebaut werden.

Seniorenzentrum

Auch das Seniorenzentrum bereitet der FGPK Sorgen. Dieses ist kostendeckend zu führen. In den letzten Jahren mussten immer wieder Zuschüsse aus der Laufenden Rechnung bezahlt werden. Dies kann auf Dauer nicht so bleiben. Die FGPK hat den Stadtrat eingeladen, entweder auf der Ausgabenseite Einsparungen – im Bewusstsein, dass sich dies als schwierig erweisen könnte und die Qualität darunter nicht leiden darf – oder eine Erhöhung der Pflegegebühren ernsthaft zu prüfen.

Rückblick

Die FGPK nahm die letzte gemeinsame Sitzung mit dem Stadtrat auch zum Anlass, einen Rückblick zu halten, weil es in Zofingen die ersten vier Jahre waren mit einer vereinten Finanz- und Geschäftsprüfungskommission und einer Exekutive, welche neu nach dem Ressortführungsprinzip funktioniert. Es gab einiges, um nicht zu sagen vieles, an Nachholbedarf bei den Investitionen. Auch in punkto effiziente Führung stand manches an.

Grundsätzlich schätzte die FGPK die Politik der offenen Türen sowie die konstruktiven Diskussionen mit dem Stadtrat sehr. Auch wenn die Exekutive und die Legislative die Prioritäten nicht immer gleich gesetzt haben, so haben sich aus diesen unterschiedlichen Positionen früher oder später doch fruchtbare Lösungen ergeben. Über gewisse Steine ist die FGPK leider jedes Jahr gestolpert, was sie auch ein wenig mühsam fand. Es ist unschön, zumal es immer wieder

um dieselben Themen geht. Die FGPK lädt die neu zusammengesetzte Exekutive ein, die Umsetzung rasch anzugehen.

Auch in diesem Jahr drehte es sich um Fragen rund um die Kosten für den baulichen Unterhalt. Dies, weil die Strategie diesbezüglich leider immer noch fehlt. Der Stadtrat hat der FGPK aber mitgeteilt, dass ein Immobilienmanagement-Konzept erarbeitet werden soll. Als erster Schritt wurde bereits eine Analyse in Auftrag gegeben. Somit kann die neu zusammengesetzte Exekutive darauf aufbauend ein solches Immobilienmanagement-Konzept ausarbeiten.

Ebenfalls nicht zum ersten Mal wurde über Fragen rund um die Benützungsgebühren für die Sportvereine diskutiert. Das Sportkonzept wurde bereits mehrfach angekündigt. Derzeit werden mit den Vereinen Gespräche geführt und das Sportkonzept soll im Jahr 2010 verabschiedet werden.

Dasselbe gilt für das Konzept der Vergabepaxis an kulturelle Vereine und Anlässe, inkl. Sponsoring, welches auch bei diesem Voranschlag wieder Fragen aufgeworfen hat. Ebenso hat das fehlende Delegationsreglement bei der Handhabung von Voranschlagskrediten einmal mehr zu Fragen Anlass gegeben. Am Beispiel der Investitionsrechnung sieht man klar, dass dringend Handlungsbedarf besteht. Im aktuellen Voranschlag wird im Bereich der Gemeindestrassen beinahe die Hälfte der Investitionen von CHF 1,83 Mio. über Voranschlagskredite geführt. Dies führt zum unschönen Ergebnis, dass beispielsweise seit dem Jahr 2005 bereits CHF 450'000.– via Voranschlagskredite für die Planung des Unteren Stadteingangs ausgegeben wurden. Stadttammann Hans-Ruedi Hottiger konnte der FGPK in diesem konkreten Fall zwar eine Begründung für dieses Vorgehen liefern.

Der Stadtrat hat das Problem mit der Handhabung der Investitionen erkannt und den Entscheid gefällt, künftig alle Investitionsvorhaben, welche höher sind als CHF 150'000.–, über Verpflichtungskredite abzuwickeln. Das heisst, sie werden dem Einwohnerrat vorgelegt. Der Stadtrat lädt das Parlament aber ein, in diesem Falle die Kredite auf einer strategischen Ebene zu betrachten und sich nicht in den operativen Details zu verlieren. Die FGPK ist zuversichtlich, dass das Delegationsreglement durch die neu zusammengesetzte Exekutive ebenfalls sehr schnell angepackt und vorgelegt wird.

Empfehlungen der FGPK

Die FGPK hat den stadträtlichen Anträgen 1, 3 und 4 mit 8:0 Stimmen zugestimmt. Dem Antrag 2 betr. der Erhöhung der Abwasserbenützungsgebühren hat die FGPK mit 5:2 Stimmen, bei 1 Enthaltung, deutlich zugestimmt. Diese Erhöhung hat sich schliesslich bereits vor einem Jahr abgezeichnet. Damals wollte der Einwohnerrat zuerst das Vermögen der Abwasserbeseitigung abbauen und anschliessend den Preis stufenweise in Richtung kostendeckende Abwasserbenützungsgebühren anpassen, so, dass künftig ein nachhaltig finanzierter und auf dem Verursacherprinzip aufbauender Eigenwirtschaftsbetrieb unterhalten wird.

Danksagung

Zum Schluss dankt Patricia Kettner den Mitgliedern der FGPK für die sorgfältige und aufwändige Prüfungsarbeit, der Verwaltung – insbesondere dem Leiter Finanzen und Personal René Küng und seinem Team – für die kompetente Beantwortung der Fragen, dem Stadtrat für die konstruktiven Diskussionen und dem Einwohnerrat für das Vertrauen in die Arbeit der FGPK.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet die Vorsitzende die Eintretensdebatte.

Nach 18 Jahren im Einwohnerrat fällt es Hrn. Hans Rudolf Schlatter schwer, etwas Neues zum Budget zu sagen. Der Inhalt der Vorlage ist repetitiv. Jedes Jahr versuchen der Stadtrat und die Verwaltung, das neue Jahr finanziell vorauszusagen, mit unbekanntem Einnahmen und Ausgaben. Dabei kommen im Finanzplan schlussendlich Zahlen heraus, an welche man hier und heute glaubt. Ob diese stimmen oder nicht, kann er anhand von drei Zahlen illustrieren.

Mit dem Finanzplan 2008, also vor zwei Jahren, nahm der Einwohnerrat zur Kenntnis, dass die Nettoschuld Ende 2010 CHF 12,5 Mio. betragen wird. Letztes Jahr nahm er zur Kenntnis, dass diese noch CHF 8 Mio. betragen wird. Heute nimmt er davon Kenntnis, dass sie sich auf CHF 3,8 Mio. belaufen wird.

Der Einwohnerrat soll bitte nicht allzu zahlengläubig sein. Für die Fraktion Dynamische Mitte ist klar, dass der Steuerfuss konstant bleibt, die Einnahmen stagnieren, man die Ausgaben in etwa im Griff hat und kräftig investiert werden soll – CHF 77 Mio. in den nächsten fünf Jahren. Dazu kommen extern bestimmte grosse Ausgabenposten im sozialen und gesundheitlichen Bereich. Nimmt man an, der Stadtrat habe vorsichtig budgetiert, so wird man mit einer Nettoschuld zwischen CHF 10 Mio. und CHF 20 Mio. wegkommen, was akzeptabel ist. Sollte es jedoch schlechter laufen, müsste die Stadt die Ausgaben noch besser priorisieren und Notwendiges von Wünschbarem trennen. Denn auch im Budget 2010 ist noch Luft vorhanden.

Die Fraktion Dynamische Mitte wird dem Budget sowie dem Steuerfuss zustimmen und in der Detailberatung noch einige Fragen und Anträge stellen.

Obwohl Hr. Marcel Murri erst seit zwei Jahren im Einwohnerrat ist, geht es ihm ähnlich wie Hans Rudolf Schlatter. In die Zukunft schauen und richtig landen ist eine grosse Kunst. Nicht zuletzt deshalb hat sich die SP-Fraktion einen Augenblick lang die Frage gestellt, ob sie überhaupt Bemerkungen zum Budget machen soll oder nicht. Selbstverständlich kam sie zum Schluss, dass sie dies tun sollte.

Die SP hat sehr schnell festgestellt – und die Ausführungen der FGPK-Präsidentin haben dies bestätigt – dass die Leitplanken beim Budget sehr breit und der Weg dazwischen sehr schmal ist. Trotzdem ist die Fraktion der Ansicht, dass es dazu einige Bemerkungen anzubringen gibt. Weshalb?

Als Erstes möchte die SP-Fraktion dem Stadtrat ihren Dank aussprechen. Es ist ein transparentes und nachvollziehbares Budget. Sie stellt fest, dass kein vorauseilender Gehorsam geplant und keine grosse Sparrunde eingeläutet wird, obschon die Vorzeichen nicht besonders gut stehen, insbesondere für nächstes und übernächstes Jahr. Sehr positiv wertet sie, dass bei den Investitionen nicht gespart wird. Die Stadt Zofingen versucht tatsächlich, das, was von der öffentlichen Hand immer erwartet wird, umzusetzen – also sich ein Stück weit antizyklisch zu bewegen. Die logische Konsequenz daraus ist allen bewusst; die Belastbarkeit ist schwach, ebenso die Selbstfinanzierung. Diese müssen sich über die Jahre hinaus wieder stabilisieren.

Trotz all dieser positiven Sachen, gibt es doch ein paar Wermutstropfen. Teilweise wurden diese bereits erwähnt, die SP-Fraktion möchte sie an dieser Stelle jedoch wiederholen. Ein Punkt sind sicher die Gebührenerhöhungen, insbesondere die voraussichtliche Erhöhung der Pensionstaxen im Seniorenzentrum – dies trotz letztjähriger Erhöhung. Die SP wird sich in einer Detailbemerkung dazu äussern. Die Abwasserbenützungsgebühren werden um 38 % erhöht. Dies ist die logische Konsequenz aus dem Beschluss des Einwohnerrates zum Gewässerreglement. Unschön – und darauf möchte Marcel Murri ein wenig den Finger halten – sind die artfremden Sachen, welche dort gemäss Reglement aufsummiert sind. Es stellt sich schon die Frage, ob Hochwasserschutz- und teilweise Naturschutzmassnahmen tatsächlich über Abwassergebühren finanziert werden sollen. Dort fehlt es letztendlich ein bisschen an Transparenz.

Die Energiekosten sind ein weiterer Wermutstropfen. Diese bleiben, subjektiv gesehen, hoch und steigen tendenziell an. Hier den Aufruf bzw. der Wunsch an den Stadtrat, sich dem zu widmen. Das Label Energiestadt würde doch bedeuten, dass man möglichst alle technischen Möglichkeiten ausschöpft und versucht, die Energiekosten der Stadt deutlich zu senken.

Zurück zum Positiven. Auch die SP-Fraktion hat das Versprechen des Stadtrates gehört, mit Investitionen über CHF 150'000.– vor den Einwohnerrat zu kommen. Dies ist sicher eine gute Sache. Wie bereits erwähnt, benötigt dies eine gewisse Eigendisziplin des Einwohnerrates, sich in der Diskussion auf das Wesentliche zu beschränken. Sonst wird dies beinahe nicht mehr „handlebar“. Die Projektkontrolle dient dazu, Vertrauen zu schaffen. Man hat eine Übersicht, muss sich aber hineinknien und diese tatsächlich auch anschauen.

Die SP-Fraktion kann diesem, aus ihrer Sicht, vernünftigen Budget, welches nicht von blinder Sparwut geprägt ist, mit einigen Wermutstropfen zustimmen.

Hr. Hansruedi Hauri erklärt, dass auch die SVP die ehrgeizigen Investitionen im Voranschlag 2010 sowie in den Investitionsplänen 2011 – 2014 unterstützt. Es ist richtig, dass der Stadtrat antizyklisch handelt und in der Wirtschaftskrise positive Zeichen setzt. Weniger glücklich ist die SVP mit den budgetierten laufenden Ausgaben. In ihren Augen sind die Steuererträge in Zeiten der Wirtschaftskrise zu optimistisch budgetiert.

Der Stadtrat sprach von rigorosen Sparmassnahmen. Leider ist unter dem Strich nichts davon zu sehen. Der Sach- und Personalaufwand ist seit Jahren regelmässig gestiegen. Erstaunlicherweise auch in diesem Budget. Die SVP ist der Meinung, dass von Wünschbarem nicht abgesehen und kein Schwergewicht auf Notwendiges gesetzt wird. Der massiven Anpassung der nicht kostendeckenden Abwassergebühren wird zugestimmt. Es ist nicht zuletzt die logische Folge der Zustimmung zum neuen Abwasserreglement.

Die SVP-Fraktion wird allen Anträgen zustimmen.

Hr. Daniel Schmid hält fest, dass der Titel „Investitionsschub trotz eingeschränktem Handlungsspielraum dringend nötig“ über der Pressemitteilung der FDP zum Budget stand. Dieser gibt im Kern wieder, was die FDP dazu sagen möchte.

Es wurde bereits vieles gesagt und Daniel Schmid möchte nicht nochmals alles wiederholen. Auch die FDP hat das Budget eingehend geprüft und ist der Meinung, dass der Steuerertrag bei dieser wirtschaftlich schwierigen Situation sehr optimistisch budgetiert wurde, insbesondere, was die Steuern der juristischen Personen betrifft. Sie hat ebenfalls sehr genau darauf geachtet, was auf der Aufwandseite vor sich geht, ist aber der Ansicht, dass der Stadtrat und die Verwaltung ihre Hausaufgaben gemacht haben und tatsächlich angestrebt wird, dort, wo überhaupt die Möglichkeit dazu besteht, etwas einzusparen oder auf das Minimum zu reduzieren.

Die FDP ist auch der Meinung, dass die geplanten Investitionen dringend notwendig sind. Vielleicht müsste sogar noch mehr in diese Richtung getan werden, als es im Budget zum Ausdruck kommt. Sie hat aber auch gewisse Befürchtungen. Schaut man die letzten paar Jahre zurück, ist es nie gelungen, die angestrebten oder budgetierten Investitionen tatsächlich umzusetzen. Hans Rudolf Schlatter hat in seinem Votum ganz klar aufgezeigt, wie sich die Nettoschuld positiv entwickelt hat. Was auch immer positiv heissen mag. In diesem Fall bedeutet dies nämlich, dass nicht alles, was vorgesehen war, investiert wurde. Die FDP ist der Ansicht, dass in diesem Bereich mehr Gas gegeben werden muss als in der Vergangenheit. Die FDP wird sich mit aller Kraft dafür einsetzen, dass notwendige und solid finanzierte Investitionen in nächster Zeit rasch angepackt werden und auch im Parlament entsprechend durchkommen. Dies auch ein Hinweis auf die Aussage, welche heute bereits gemacht wurde, bezüglich der Grenze von CHF 150'000.– für Einwohnerratsvorlagen. Sie wird versuchen, dies mit der nötigen Grosszügigkeit zu beurteilen.

Die Investitionen in den kommenden Jahren lassen die Nettoschuld bis ins Jahr 2014 auf CHF 16 Mio. anwachsen. Die FDP ist der Meinung, dass diese Verschuldung finanziell durchaus verkraftbar und im Hinblick auf die positiven Auswirkungen dieser Ausgaben hinzunehmen ist.

Zum Schluss noch ein Wort zu den Abwassergebühren. Vor einem Jahr sagte die FDP, es gebe keinen Grund, die Benützungsg Gebühr auf CHF 1.60/m³ festzulegen, da noch zu viel Geld im Abwasservermögen vorhanden sei und es nicht darum gehe, auf Vorrat Geld anzuhäufen. Nachdem ein wesentlicher Teil des Abwasservermögens wieder verbraucht wurde und die Hochwasserschutzmassnahmen neu mit diesem Geld finanziert werden müssen, ist es jetzt richtig und sinnvoll, einer entsprechenden Gebührenerhöhung zur Kostendeckung zuzustimmen. Damit können auch die beiden Kreditbegehren, über welche später noch beraten wird und den Hochwasserschutz betreffen, finanziert werden.

Die FDP-Fraktion stimmt dem Budget zu und wird auch den beiden Investitionsvorhaben zustimmen.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, teilt mit, dass dieses Budget auch beim Stadtrat keine grossen Begeisterungstürme ausgelöst hat. Es ist ein Voranschlag, welcher vom wirtschaftli-

chen Umfeld geprägt ist. Schaut man die Aufwände und Erträge an, muss man feststellen, dass es im Bereich der Aufwände nicht so schlimm ist. Diese liegen 0,6 % über dem letztjährigen Budget. Setzt man dies in Relation, entspricht es in etwa den Mehrausgaben im Bereich der materiellen Hilfe. Die durchgereichten Aufgaben von Bund und Kanton betragen ein Mehrfaches von diesen 0,6 %. Der Stadtrat hat mit verschiedenen Massnahmen sehr wohl Sparübungen durchexerziert, aber keine Verzichtübungen.

Der Ertrag liegt 0,7 % tiefer. Auch dieser Wert kann man in Relation setzen. Dies entspricht ungefähr den CHF 500'000.– bis CHF 600'000.–, welche zusätzlich in den Finanzausgleich bezahlt werden müssen. Der Stadtammann möchte an dieser Stelle nicht weiter kommentieren, was er von diesen Instrumenten hält.

Grundsätzlich kann man sagen, dass sich der Stadtrat weiterhin einer Vorwärtsstrategie verpflichtet fühlt. In der nächsten Legislaturperiode möchte er pro Jahr im Schnitt CHF 9 Mio. investieren. Der Stadtammann nimmt – auch im Namen seiner Kolleginnen und Kollegen – erfreut zur Kenntnis, dass dies durch die Fraktionen breit getragen wird.

Die Selbstfinanzierungen betragen CHF 3 Mio. bis CHF 4 Mio. Alle können sich ausrechnen, dass dies nicht reichen wird. Will der Stadtrat auf der Aufwandseite noch etwas unternehmen, würde er in den Bereich einer Verzichtplanung gelangen. Das Sparpotential ist nahezu ausgeschöpft. Dies würde die Situation, wie die Stadt Zofingen als Regionalzentrum gesehen wird, doch arg in Mitleidenschaft ziehen.

Der Stadtrat hat sich entschlossen, diese Vorwärtsstrategie zu fahren. Ihm ist klar, dass, wenn auf der Einnahmenseite bis im Jahr 2012 kein Land in Sicht ist, er nochmals über die Bücher muss. Er ist aber zuversichtlich, da es in sehr vielen Bereichen Anzeichen gibt, dass auf der Einnahmenseite noch dieses oder jenes erreicht werden kann.

Mit jedem Neuzuzüger und jeder Neuzuzügerin steigt das Zofinger Pro-Kopf-Einkommen. Diese kommen nach Zofingen, wenn entsprechende Immobilien bzw. Wohnungen zur Verfügung gestellt werden können. Auf diese Weise wächst Zofingen pro Jahr um rund 150 bis 200 Personen. Derzeit wird sich eine kleine Delle bilden, der Stadtammann kann aber auch erklären weshalb: Praktisch alle grösseren Bauvorhaben waren durch Beschwerden blockiert, was sich auf das Wachstum der Stadt Zofingen auswirken wird. Das Bedürfnis nach Zofingen zu ziehen ist aber nach wie vor gross. Ganz erfreulich ist, dass es in den nächsten Jahren so viele Kinder geben wird, welche eingeschult werden müssen, wie schon lange nicht mehr.

Fazit

Der Stadtrat ist der Meinung, dass es sich während einer bestimmt Periode mit solchen Vorschlägen leben lässt. Er ist aber auch der Überzeugung, dass er zu einer nächsten Periode übergehen muss.

Im Vergleich zu den anderen Zentrumsgemeinden Aarau, Baden, Brugg, Lenzburg usw. steht die Stadt Zofingen mit ihrem Pro-Kopf-Aufwand in der Verwaltung nicht an dritter Stelle, wo sie sich von der Bedeutung her sieht, sondern regelmässig an vierter oder fünfter Stelle. Die Städte Aarau und Baden sind teurer als Zofingen. Brugg und Lenzburg geben für die Abteilungen 0 und 1, bei welchen es um die Kernverwaltung geht, ebenfalls mehr Geld aus als Zofingen. Dies zeigt, dass die Stadt Zofingen eigentlich sehr sparsam und effizient mit den Steuerfranken umgeht.

Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, eröffnet die Vorsitzende die Detailberatung.

Beratung Zahlenteil Voranschlag 2010

3 Kultur, Freizeit

Hr. Hans Rudolf Schlatter betreibt intensiv Sport, allerdings benötigt er dazu keine Infrastruktur. Zur Dienststelle 340 Sport auf Seite 54 hat er drei Sachen. Zuerst eine ganz simple Frage: In den Erläuterungen zur Laufenden Rechnung auf Seite 11 steht unter der Position 340.434.01 Benüt-

zungsgebühren Folgendes: „Mit dem neuen Sportkonzept müssen alle Sportvereine die **vollen** Benützungsgebühren bezahlen.“ Ihn würde interessieren, was eine volle Benützungsgebühr bedeutet.

Im Voranschlag 2010 sind unter dem Konto 340.352.01 Betriebskostenanteil BZZ für Trinermatten neu CHF 130'000.– eingestellt. Wie sich Hans Rudolf Schlatter hat sagen lassen, geht es darum, dass jetzt das BZZ den Unterhalt der Trinermatten übernimmt. Gleichzeitig ist unter dem Konto 340.390.02 Interne Verrechnungen Werkhof ein Rückgang von CHF 195'500.– auf CHF 106'250.– zu verzeichnen. Dies macht rund CHF 89'000.– aus. Letztendlich kommt die Lösung mit dem BZZ CHF 41'000.– teurer zu stehen. Liegt er mit dieser Annahme richtig? Und, falls ja, macht dies Sinn?

Während Jahren wurde die Erweiterung dieser Sportinfrastruktur geplant. Im Einwohnerrat wurden mehr als CHF 4 Mio. bewilligt. Die Arbeiten sind am Laufen und es werden bereits wieder neue Wünsche angebracht. In den Erläuterungen zur Laufenden Rechnung auf Seite 11 ist unter der Position 340.311.01 Anschaffung von Mobilien Folgendes zu lesen: „...sowie die Anschaffung einer Metallgarage für die Hochsprungmatten geplant.“ Es steht nicht genau, wie viel diese kostet, aber offenbar wird bereits wieder eine solche Garage benötigt. Man ist dann bald wieder gleich weit wie vorher, als alle paar Jahre wieder eine Garage hingestellt wurde und die Anlage nicht mehr zum ansehen war.

Dasselbe unter der Position 340.314.01 Baulicher Unterhalt durch Dritte: „In dieser Position ist die Erneuerung des Fussballzauns beim Kunstrasenfeld in der Höhe von CHF 50'000.– enthalten.“ Vor einem Jahr wurde um das Kunstrasenfeld ein neuer Zaun erstellt und ein Jahr später muss schon wieder einer aufgestellt werden. Dies kann wirklich nicht sein. Entweder haben die Mitarbeitenden bei der Planung geschlafen oder es handelt sich wirklich um Wünsche. Und für Wünsche hat die Stadt Zofingen heutzutage kein Geld übrig. Deshalb stellt Hans Rudolf Schlatter folgende Anträge:

340.311.01

Auf die Erstellung einer Metallgarage für die Hochsprungmatten ist zu verzichten.

340.314.01

Auf den Ersatz des neuen Hages um das Kunstrasenfeld im Betrag von CHF 50'000.– ist zu verzichten.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, beantwortet diese Fragen gerne, obwohl er sich von der Effizienz her gewünscht hätte, dass diese im Rahmen der technischen Fragen gestellt worden wären. Auf diese Weise hätte man noch fundierter erklären können, wie diese Garage aussehen wird.

Die Frage bezüglich der vollen Benützungsgebühren kann er selbstverständlich beantworten. „Volle Benützungsgebühr“ soll nicht etwa vorgaukeln, dass es sich dabei um die Vollkosten handelt. Dies ist eine ungeschickte Umschreibung. Natürlich werden nicht die Vollkosten berechnet. Es soll bedeuten, dass überall und an allen Wochentagen Gebühren erhoben werden. Also nicht wie bis anhin, als bei gewissen Infrastrukturanlagen samstags und sonntags keine Gebühren eingefordert wurden. Erst als Hans Rudolf Schlatter diesen Satz zitierte, merkte der Stadtammann, dass dieser zu Verständnisproblemen führen könnte.

Die Abwartung der Sportanlage Trinermatten, welche neu dem BZZ untergestellt ist, besteht nicht nur aus dem Lohn des Abwarts. Die Kosten setzen sich noch aus diversen anderen Sachen zusammen:

Die Entschädigung des Hallenchefs, welcher die Aufgabe hat, darauf zu achten, dass die Sportinfrastruktur optimal besetzt ist. Separat budgetiert werden die gesamten Reinigungsarbeiten. Verbrauchsmaterialien sowie der sogenannte kleine Unterhalt, welcher nicht über die Investitionen läuft, gehören ebenfalls dazu und in den übrigen Dienstleistungen sind beispielsweise die Kehrrichtgebühren enthalten.

Zieht man diese Kosten bei der internen Verrechnung des Werkhofes ab, kommt man auf die erwähnten CHF 90'000.– und es fehlen ungefähr noch CHF 40'000.–. Für die Verbrauchsmaterialien, den kleinen Unterhalt und die Dienstleistungen sind alles in allem CHF 25'000.– eingesetzt. Von diesen CHF 40'000.– fallen also bereits wieder CHF 25'000.–, welche an einem anderen Ort budgetiert sind, weg.

Die Reinigungslöhne wurden in der Vergangenheit alle in der Dienststelle 090 Verwaltungsliegenschaften budgetiert. Nun wurden diese auf die einzelnen Bereiche heruntergebrochen – unabhängig des Wechsels bei der Verantwortlichkeit der Abwartung. Dies macht nochmals CHF 10'000.– aus. Bei der letzten Budgetierung kosteten die Reinigungsarbeiten, welche durch den Werkhof ausgeführt wurden, CHF 12'000.–. An das BZZ werden bloss noch CHF 10'000.– bezahlt. Von den CHF 40'000.– sind also noch CHF 5'000.– übrig.

Dazu kommt der Effekt, dass die Sportanlage Trinerplatten erweitert wurde. Die Abwartsleistungen haben grundsätzlich zugenommen. Diese umfassen jetzt zumindest ein zusätzliches Kunstrasenfeld, welches sehr stark belegt ist. Schlussendlich kommt man also ungefähr auf die gleiche Summe wie vorher, die Vorteile sind aber, dass die Stadt Zofingen jetzt sagen kann, wer welchen Platz und welche Garderobe wie belegt und ein 24-Stunden-Betrieb besteht. Es ist permanent ein Abwart anwesend, da das BZZ mit einer anderen Lösung arbeitet. Von den Nutzenden erhielt man bereits erste Feedbacks, dass sie mehr Qualität zum selben Preis erhalten. Weniger begeistert sind sie, dass ihnen jemand auf die Finger schaut. Hie und da gibt es deshalb Reklamationen.

Der Stadtammann kennt die Spezifikationen dieser Garage nicht genau. Er kann nicht sagen, wie fest sich diese von der bisherigen unterscheidet. Die bisherige Garage war ein Fertigmodell. In dieser sollen neu die Hochsprungmatten untergebracht werden. Diese gehören nicht der Stadt, sie werden ihr gratis und franko von den Leichtathleten, welche sie angeschafft haben, zur Verfügung gestellt. Der Stadtammann hat gewisses Verständnis, dass man diese Matten sauber und vor der Witterung geschützt unterbringen will. Man entschied sich für eine günstige Variante, welche multifunktional benützt werden kann. Spezifikationen können nachher gerne beim verantwortlichen Projektleiter eingefordert werden.

Um das Kunstrasenfeld herum wurde kein neuer Zaun erstellt. Um Kosten zu sparen wurde der alte Zaun abgebrochen und wieder aufgebaut. Als einziges wurde der Zaun an der Stirnseite bei den Toren erhöht. An der Seite, wo der Zaun ebenfalls erhöht werden sollte, wurde der alte Zaun auf derselben Höhe wieder aufgebaut. Nun stellte man aber fest, dass dies nicht ausreicht, wenn dort Fussball gespielt wird. Aus Sicherheitsgründen muss der Zaun erhöht werden. Man kann dies machen oder nicht. In diesem Sinne ist es weniger ein Bedürfnisproblem der Fussballerinnen und Fussballer als ein Sicherheitsproblem. Der Stadtrat ist der Ansicht, dass dies nicht ein Wunsch, sondern ein Bedürfnis ist, welches wirklich befriedigt werden muss, da es mit der Sicherheitsproblematik zu tun hat.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen mehr. Die Vorsitzende lässt über die Anträge von Hans Rudolf Schlatter abstimmen:

Konto 340.311.01

Auf die Erstellung einer Metallgarage für die Hochsprungmatten ist zu verzichten.

Der Antrag wird mit 20:6 Stimmen abgelehnt.

Konto 340.314.01

Auf den Ersatz des neuen Hages um das Kunstrasenfeld im Betrag von CHF 50'000.– ist zu verzichten.

Der Antrag wird mit 21:7 Stimmen abgelehnt.

Artengliederung Laufende Rechnung

Hr. Hans Rudolf Schlatter hat eine Frage zur Position 312 Wasser, Energie, Heizung auf Seite 82. Heute Abend wurde bereits angesprochen, dass die Steigerung der Ausgaben nicht auf ei-

nen Mehrverbrauch, sondern auf Preiserhöhungen zurückzuführen ist. Im FGPK-Protokoll liest er zudem, dass die Verbrauchskurve tatsächlich praktisch linear ist und dies, unter Berücksichtigung der Heizgrade und -tage, beinahe eine Gerade im Verbrauch ergibt. Dies bedeutet, dass immer in etwa gleich viel Energie verbraucht wird, die Kosten jedoch immer ein wenig ansteigen. Weshalb stört sich niemand an dieser Geraden? Hans Rudolf Schlatter ist eigentlich nicht zufrieden mit einer horizontalen Geraden, er hätte lieber eine, welche nach unten verläuft.

Hr. Hansruedi Gilgen, Stadtrat, erklärt, dass es durchaus im Sinne des Stadtrates ist, wenn Hans Ruedi Schlatter beim Heizenergieverbrauch gerne eine fallende Kurve hätte. In der Regel lässt sich dies aber letztlich nur mit baulichen Massnahmen realisieren. Die technischen Massnahmen in Bezug auf Übergabestationen, Fernwärmeheizungen usw. hat die Stadt Zofingen bereits vollzogen.

Was Stadtrat Hansruedi Gilgen ein wenig erschreckt beim Energieverbrauch ist, dass durch die Ausweitung der Dienstleistungen der Verwaltung und der IT-Infrastruktur, das Bedürfnis an klimatisierten Räumen zunimmt. Bei diesen Liegenschaften äussert sich dies unschön, indem im Bereich der elektrischen Energie deutlich sichtbare Mehrverbräuche zu verzeichnen sind. Konkret handelt es sich dabei um die Stadtbibliothek und das Stadthaus Kirchplatz, in welchem die gesamte IT-Infrastruktur untergebracht ist.

Zum anderen Ziel hat sich der Stadtrat bereits diverse Male geäussert, auch in Bezug auf die Baustandards, welche bei Sanierungen von öffentlichen Liegenschaften angewendet werden sollen.

Beratung Finanzpläne 2010 – 2014

Das Wort wird nicht verlangt.

Beratung Projekt- und Investitionskontrolle 2010 – 2014

Hr. Hans Rudolf Schlatter hält fest, dass ungefähr in der Mitte der Seite 101 unter dem Konto 790.500.01 Verlegung Pflanzgärten ein Voranschlagskredit über CHF 200'000.– eingestellt ist. Heute Abend hat der Einwohnerrat einige Male zu hören bekommen, dass es ab CHF 150'000.– einen Verpflichtungskredit geben würde. Schaut er noch bei der Projekt- und Investitionskontrolle nach, geht es bei der Verlegung der Pflanzgärten nicht nur um CHF 200'000.–, sondern gesamthaft um CHF 400'000.–, je CHF 200'000.– in den Jahren 2010 und 2011. Weshalb wird dieses Geschäft bzw. die erste Hälfte als Voranschlagskredit und nicht als Verpflichtungskredit eingestellt?

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, antwortet, dass es sich dabei selbstverständlich um einen Fehler handelt. Die Angaben in der Projekt- und Investitionskontrolle sind jedoch richtig. Der Stadtrat wird dem Einwohnerrat nächstes Jahr ein Verpflichtungskredit zum Beschluss vorlegen. Verfolgt man dieses Geschäft weiter, sieht man auch, dass der Stadtrat auf diesem Land irgendwann einmal ein Buchgewinn realisieren möchte.

Der Stadtrat entschuldigt sich, dass bei den Voranschlagskrediten noch nicht alle Texte korrigiert wurden. Die Geschäfte über CHF 150'000.– werden nächstes Jahr wie angekündigt gehandhabt.

Der Stadtammann hält fest, dass Hans Rudolf Schlatter vorhin gesagt hat, er brauche als Sportler keine Infrastruktur. Gerne möchte er ihn auf das Konto 810.362.01 Beitrag an reg. Forstbetrieb für Abgeltung gemeinwirtschaftliche Leistungen auf Seite 74 hinweisen. Die Stadt Zofingen bezahlt dem Forstbetrieb Region Zofingen mehr als CHF 100'000.– an die Erhaltung des Waldes. Dies einfach als kleine Anmerkung.

Abschnittsweise Beratung der Einwohnerratsvorlage zum Voranschlag 2010

I Voranschlag Laufende Rechnung 2010; Vorbemerkungen

Von Seiten von Hrn. Stefan Giezendanner gibt es heute keine Brandrede, aber er möchte sich trotzdem zu drei Punkten äussern:

Punkt 1

Schon in der FGPK hat er betont, und dies wurde protokollarisch festgehalten, dass die Gesamtsteuereinnahmen zu hoch budgetiert wurden. Gerne lässt er sich positiv überraschen.

Punkt 2

Kostendynamische Bereiche oder Faktoren: Er bittet darum, diese Ausdrucksart in Zukunft zu redigieren. Es steckt sehr viel Flexibilität dahinter und man weiss dann nie genau, in welche Richtung es geht.

Punkt 3

Das rigorose Kostenmanagement wurde bereits durch verschiedenste Gruppierungen angesprochen. Er, als Person, vermisst dieses an dieser Stelle. Entweder ist es nicht ersichtlich oder man hat es zu wenig genau kommuniziert.

Gemäss Hrn. Dieter Matter wurde heute Abend bereits einige Male über die Wirtschaftskrise gesprochen. Entweder befindet man sich am Anfang, in der Mitte oder – optimistisch gesehen – am Ende. Man weiss aber ebenso, dass man – auch wenn sich die Wirtschaftskrise dem Ende neigt – nicht mehr dasselbe Niveau erreichen wird, wie dies die letzten paar Jahre der Fall war – oder dann wird dies eine ganze Weile in Anspruch nehmen.

Die Zahl der Arbeitslosen steigt immer noch. Es werden viele Kosten auf die Stadt Zofingen zukommen, mit welchen eigentlich gerechnet wird, welche im Budget jedoch nicht ersichtlich sind. Nun kann man sagen, dies betreffe Zofingen nur indirekt, was auch so ist. Aber dies geht vom Bund zum Kanton über und diese müssen ihre Kosten ebenfalls decken.

Dieter Matter nimmt zwar zur Kenntnis, dass Sparanstrengungen vorgenommen wurden, im Rahmen der aktuellen Situation ist dies aber eindeutig zu wenig und er wird deshalb – entgegen seiner Fraktion – das Budget ablehnen.

III Entwicklung des Nettoaufwands

Wenn Hr. Stefan Giezendanner beim Voranschlag 2010 nachschaut, steht dort CHF 27,06 Mio. Gegenüber dem Voranschlag 2009 wird ein Mehraufwand von CHF 0,28 Mio. bzw. 1,05 % ausgewiesen. Er möchte beliebt machen, in einer ruhigen Minute nochmals den Bereich Sicherheit anzuschauen und möchte auf die Vertragsverhandlungen zwischen dem ehemaligen Stadtrat Herbert H. Scholl – zusammen mit dem Gesamtstadtrat – und den anderen Gemeinden zurückkommen.

Chapeau dem Stadtrat, was er dort ausgehandelt hat, nämlich eine Weiterbelastung von rund CHF 381'000.– an die anderen Gemeinden oder Städte. Hätte man dies nicht gemacht, würde man nach Berechnung von Stefan Giezendanner nicht bei einem Mehraufwand von CHF 0,28 Mio., sondern von CHF 0,66 Mio. bzw. rund 3 % liegen. Der Einwohnerrat soll dies bitte nicht ausser Acht lassen. Dies soll auch das Argument sein, dass hier kein rigoroses Kostenmanagement betrieben wurde.

X Abwasserbeseitigung: Investitions- und Finanzplan 2010 – 2014

Hr. Robert Weishaupt ist nicht einverstanden mit der Erhöhung des Abwasserpreises auf CHF 1.80/m³. Vor gut 11 Monaten führte der Einwohnerrat eine lange Diskussion und das damalige Schlussresultat war, dass der Preis nicht von CHF 1.30/m³ auf CHF 1.60/m³ erhöht wurde. Heute wird über eine Erhöhung von 50 Rappen gesprochen.

Es verwundert ihn, dass dieser Erhöhung praktisch oppositionslos zugestimmt wird. Der Einwohnerrat soll sich an die Argumente, welche damals gegen die Erhöhung vorgelegt wurden, erinnern. Er stellt deshalb die Frage in den Raum, ob nächstes Jahr eine bessere Wirtschaftslage herrschen wird. Laut Stadtammann und weiteren Personen wird die Arbeitslosigkeit weiter ansteigen, die Sozialleistungen in der Stadt Zofingen ebenso.

Er möchte die Gebührenerhöhung reduzieren, damit den Haushaltungen und KMUs mehr im Sack bleibt. Er weiss, dass es sich um einen kleinen Batzen handelt, aber es ist trotzdem mehr als ein Tropfen auf den heissen Stein. Auch wenn die Anwesenden nicht auf diesen Batzen angewiesen sind, so gibt es bestimmt viele Leute, welche diesen sehr schätzen würden.

Er ist sich auch bewusst, dass die Abwasserkasse somit schneller leer würde, erinnert aber daran, dass Hochwasserverbauungen nicht ausschliesslich aus dieser Kasse finanziert werden können. Das Geschäft GK 200 wäre beispielsweise ein solches Vorhaben. Möglicherweise wird dazu ein Antrag gestellt.

Vielleicht muss der Einwohnerrat auch über die Bücher gehen und feststellen, dass der Beschluss, welchen er vor 11 Monaten gefasst hat, eigentlich mehr Schatten als Licht wirft und er auf diesen Fehlentscheid zurückkommen sollte.

Ohne Erhöhung kommt man nicht durch, dies weiss auch Robert Weishaupt. Anstelle eines einfachen Neins zur Erhöhung des Abwasserpreises, stellt er den Antrag, eine Erhöhung auf nur CHF 1.60/m³ vorzusehen. Die Einwohnerratspräsidentin wird den Antrag den Einwohnerratsmitgliedern vorlesen und er dankt seinerseits für die Zustimmung.

Hr. Michael Wacker hält fest, dass der Einwohnerrat vor 11 Monaten mit 21:13 Stimmen einem neuen Gewässerreglement zugestimmt hat. Er möchte daran erinnern, dass die Erhöhung der Gebühren eine Konsequenz daraus ist. Der Einwohnerrat konnte dies vor einem Jahr feststellen und er bittet die Mitglieder des Einwohnerrates, den Antrag von Robert Weishaupt abzulehnen. Er geht davon aus, es sei allen klar, dass diese CHF 370'000.– in der Abwasserrechnung benötigt werden.

Andererseits hat er gewisses Verständnis für Robert Weishaupt und möchte dies vor allem auch dem Stadtrat mitgeben. Er hat ein Kreisschreiben vor sich liegen, welches an die Gemeinden adressiert und mit dem 30. September 2009 datiert wurde. Der Titel lautet „Finanzierung der Abwasserentsorgung – Information“. Darin geht es um die Bemessung der Anschlussgebühren bei Ersatzbauten, die Finanzierung von Sanierungsleitungen, Verzugszinsen und – unter Punkt 4 – die Finanzierung von Hochwasserschutzmassnahmen mit Abwassergebühren. In diesem Absatz steht unter anderem Folgendes: „Zwischen „Hochwasserschutz/Wasserbau/Gewässerrenaturierungen“ und der „Liegenschaftsentwässerung“ besteht kein unmittelbarer Zusammenhang, der eine Abgabepflicht zu begründen vermag. Mit Abwassergebühren sollten keine Hochwasserschutzmassnahmen finanziert werden. Dies lässt sich auch mit der Zweckgebundenheit dieser Abgaben nicht vereinbaren. Wir ersuchen diejenigen Gemeinden, die einen entsprechenden Paragraphen im Abwasserreglement formuliert haben, diesen nicht mehr anzuwenden. Nach unseren Abklärungen würde eine darauf basierte Verfügung in einem Beschwerdeverfahren voraussichtlich kaum geschützt.“

Genau dies hat die SP vor einem Jahr befürchtet und entsprechend kommuniziert. Die Empfehlung, welche Michael Wacker an dieser Stelle abgeben möchte, ist, dass der Stadtrat die heutigen Geschäfte noch auf diese Weise durchlaufen lässt und dann innert Kürze nochmals mit einem Abwasserreglement vor den Einwohnerrat tritt.

Hr. Hansruedi Gilgen, Stadtrat, erklärt, dass der Stadtrat von diesem Kreisschreiben Kenntnis genommen hat. Er hat auch davon Kenntnis genommen, dass im Departement Bau, Verkehr und Umwelt diverse Köpfe aufgrund dieses Kreisschreibens ziemlich rot wurden. Schlicht und einfach, weil die eine Abteilung nicht weiss, was die andere macht. Die eine empfiehlt genau das, was der Stadtrat gemacht hat und unterstützt ihn in seinem Unterfangen und die andere versendet ein Kreisschreiben, in welchem steht, man solle dies nicht mehr so anwenden. Für den Stadtrat ist ein Gewässerreglement, welches noch nicht einmal ein Jahr alt ist, momentan nicht verhandelbar.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, möchte nicht auf Sachen, über welche der Einwohnerrat beschlossen hat, zurückkommen, sondern den Anwesenden einige Zahlen nennen. Die Stadt Zofingen bezahlt der ARA pro Kubikmeter CHF 1.15. Nimmt man die gesamten Einnahmen an Abwassergebühren und teilt diese durch die Anzahl Kubikmeter, ergibt dies CHF 1.70/m³. Dies hat aber gar nichts damit zu tun, ob beispielsweise Hochwasserschutzmassnahmen finanziert werden.

In der Vergangenheit verlangte man CHF 1.30/m³. Der Stadtrat hat die Pflicht, die Abwasserbeseitigung kostendeckend zu gestalten. Über X Jahre wurde dies nicht gemacht, weil es nicht sinnvoll gewesen wäre, in der Gesamtkasse so viel Geld anzuäufeln. Schaut man noch ein wenig weiter zurück, lag der Abwasserpreis pro m³ bei CHF 2.–. Anstatt Geld in der Kasse anzuhäufen, senkte man die Gebühren. Jedes Jahr betete der Stadtrat gebetsmühlenartig vor, dass die Gebühren nicht kostendeckend seien, damit sich der Pegel in der Kasse ein wenig senkt. Nun ist der Stadtrat der Meinung, der Pegel sinke so schnell, dass man lieber jetzt eine Erhöhung vorsehen sollte, als später die Gebühren direkt auf CHF 2.–/m³ erhöhen zu müssen.

Der Vorschlag ist, die Gebühr auf CHF 1.80/m³ zu erhöhen. Somit könnten von den Investitionen noch gewisse Abschreibungen vorgenommen werden. Der Einwohnerrat kann sich aber sicher auch vorstellen, dass man irgendwann einmal wieder ein Problem haben wird. Dies sieht man, wenn man in die Vergangenheit schaut und die Geschichte genau analysiert.

Dieses Geld kann vom Stadtammann aus auch subventioniert werden. Die Gebühr könnte auf CHF 1.60/m³ festgelegt werden und jeder Person, welche Abwasser wiederverwendet, könnten beispielsweise 10 Rappen dafür bezahlt werden. Damit würde das Gesetz jedoch noch weniger eingehalten werden, als wenn man sich sitzungsweise darüber unterhält, was zum Abwasser gehört und was nicht.

Nachdem das Wort nicht weiter gewünscht wird, lässt die Vorsitzende über den Antrag von Robert Weishaupt abstimmen:

Die Abwasserbenützungsgebühren pro Kubikmeter Frischwasserbezug gemäss § 39 des Reglements über Siedlungsentwässerung, Gewässerschutz, Wasserbau und Hochwasserschutz sei von CHF 1.30 pro m³ nur auf CHF 1.60 pro m³ zuzüglich Mehrwertsteuer per 1. Januar 2010 zu erhöhen. Dies anstelle des stadträtlichen Antrages, der eine Erhöhung auf CHF 1.80 pro m³ vorsieht.

Der Antrag des Stadtrates obsiegt gegenüber dem Antrag von Robert Weishaupt mit 31:2 Stimmen.

XI Seniorenzentrum Rosenberg und Tanner

Fr. Verena Liebi hält fest, dass sich die SP-Fraktion grosse Sorgen um die steigenden Pensionstarife in den Seniorenzentren macht. Die Liste, welche aufliegt, beinhaltet Zahlen, welche vorletzte Woche im Zofinger Tagblatt publiziert wurden. Man sieht, dass Zofingen jetzt schon sehr hoch liegt – und es geht wieder aufwärts. Dies vor den grossen Investitionen. Die SP-Fraktion weiss nicht recht, wie es herauskommen wird bei diesem Eigenwirtschaftsbetrieb, wenn solch grosse Investitionen anstehen. Sie stellt jetzt keinen Antrag, wird an einer späteren Sitzung aber Vorstösse zu dieser Angelegenheit einreichen.

Fr. Therese Müller, Stadträtin, ist der Ansicht, dass man mit solchen Grafiken immer vorsichtig sein muss. Die Standards stimmen nicht immer überein. Auch dem Stadtrat bereitet dies Sorgen. Noch mehr Sorgen bereitet ihm jedoch, dass der Bundesrat die Langzeitpflege im Visier hat und der Meinung ist, die Krankenkasse müsse 40 %, der oder die Pflegebedürftige 20 % und die Gemeinde 40 % bezahlen. Mit der Bauerei hat dies aber rein gar nichts zu tun.

Dazu kommen die Lohnerhöhungen, welche beschlossen wurden. Der Leiter Seniorenzentrum Heinz Schürch muss auch schauen, woher er das Geld nehmen soll. Es geht nicht anders, als die Tagespauschalen zu erhöhen. Diese Erhöhung ist nicht allzu hoch, sie beträgt CHF 2.– pro

Tag. Natürlich summiert sich dies auf einen Monat gerechnet, aber sowohl die Angehörigen wie auch die Bewohnerinnen und Bewohner werden über eine Erhöhung jeweils orientiert und es gibt sehr wenige Personen, welche sich darüber beschweren.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen mehr. Die Vorsitzende lässt über die stadträtlichen Anträge abstimmen:

1. *In Abänderung der Beschlüsse des Einwohnerrates vom 12. März 2001 betreffend Einlage des Überschusses aus den Parkierungsgebühren in den Spezialfonds Parkplätze und vom 25. Oktober 2004 betreffend Limitierung der Einlage auf CHF 200'000.– pro Jahr ab dem Jahr 2005 sei der Sistierung der Einlage in den Parkgebührenfonds im Jahr 2010 zuzustimmen.*

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 35:0 Stimmen zugestimmt.

2. *Der Erhöhung der Abwasserbenützungsgebühren pro Kubikmeter Frischwasserbezug gemäss § 39 des Reglements über Siedlungsentwässerung, Gewässerschutz, Wasserbau und Hochwasserschutz von CHF 1.30 pro m³ auf CHF 1.80 pro m³ zuzüglich Mehrwertsteuer per 1. Januar 2010 sei zuzustimmen.*

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 32:2 Stimmen zugestimmt.

3. *Der Voranschlag der Laufenden Rechnung mit einem Steuerfuss von 102 % und der Investitionsvoranschlag der Einwohnergemeinde für das Jahr 2010 seien zu genehmigen.*

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 34:1 Stimmen zugestimmt.

4. *Vom Investitions- und Finanzplan 2011 – 2014 sei Kenntnis zu nehmen.*

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 35:0 Stimmen zugestimmt.

(Sitzungspause)

Art. 152

GK 199

Hochwasserschutzmassnahmen beim Moosbach und Sonnenwandbach (Ortsteil Mühlethal)

Hr. Michael Wacker, Referent der FGPK, erklärt, dass der Stadtrat einen Kredit von CHF 595'000.– für die Hochwasserschutzmassnahmen beim Moosbach und Sonnenwandbach im Ortsteil Mühlethal beantragt. Die FGPK hat das Projekt geprüft. Wie in der Vorlage beschrieben, bestehen zwei Gründe für die hohe Dringlichkeit:

Einerseits ist der Zustand der vorhandenen Eindolung schlecht – genauer gesagt handelt es sich um eine Zeitbombe. Jederzeit ist ein Rohrleitungsbruch oder eine Verstopfung der bestehenden Bachleitungen möglich. Die Folgen wären hohe Schäden wegen möglicher Überschwemmungen. Andererseits möchte eine Bauherrschaft auf drei an den Bach angrenzenden Parzellen in nächster Zeit eine grössere Wohnüberbauung realisieren.

Michael Wacker hat in seiner Eigenschaft als Mitglied der Natur- und Landschaftsschutzkommission (NLSK) an der FGPK-Sitzung auf deren Einwände hingewiesen. Am 26. November 2008 wurde das Projekt an einer Sitzung der NLSK behandelt. Zu diesem Zeitpunkt war der Bach auf der ganzen Parzelle 4010 nach wie vor mit einem so genannten Maulprofil eingedolt. Das eidgenössische Gewässerschutzgesetz schreibt aber ganz klar vor, dass beim Ersatz bestehender Eindolungen, Gewässer nur in Ausnahmefällen wieder unterirdisch geführt werden dürfen. Grundsätzlich sind alle Gewässer offen zu führen.

Aufgrund dieses Einwandes wurden mit dem entsprechenden Grundeigentümer nochmals Gespräche geführt. Die jetzt vorliegende Lösung ist optimal und wird auch von der NLSK begrüsst.

An der FGPK-Sitzung wurden zu diesem Geschäft keine weiteren Anmerkungen gemacht, ausser zu einem Tippfehler im Abschnitt V „Weiteres Vorgehen“. Das öffentliche Projektaufgabeverfahren findet selbstverständlich im Januar 2010 und nicht im Januar 2009 statt.

Die FGPK hat bei 8 anwesenden Mitgliedern dem stadträtlichen Antrag mit 8:0 Stimmen zugestimmt und empfiehlt dieses Geschäft zur Annahme.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet die Vorsitzende die Eintretensdebatte.

Hr. Markus Gfeller hält fest, dass das Projekt Moosbach unbestritten scheint. Die Leitungen müssen saniert werden, was nachvollziehbar ist. Die SVP-Fraktion hat aber in der Vorlage gewichtige Mängel festgestellt und beantragt deshalb die Rückweisung dieses Geschäfts. Markus Gfeller kommt nun zu den Gründen für diesen Antrag:

Das Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer bzw. Gewässerschutzgesetz wurde bereits erwähnt. Gemäss Art. 38 kann die Behörde unter anderem Ausnahmen bewilligen für den Ersatz bestehender Eindolungen und Überdeckungen, sofern eine offene Wasserführung nicht möglich ist oder für die landwirtschaftliche Nutzung erhebliche Nachteile mit sich bringt.

In der Einwohnerratsvorlage wird das Übereinkommen mit der Grundeigentümerin der Bau-landparzelle 4010 – also dort, wo es zu einer abschnittweisen Bachöffnung kommt – umfangreich beschrieben. Man kommt zum Schluss, dass eine vollständige Öffnung unverhältnismässig wäre und eine zu starke Einschränkung der zonengemässen Nutzung darstellen würde.

Zum Erstaunen von Markus Gfeller wurden aber keine solchen Erwägungen im Gebiet der Landwirtschaftszone angestellt. Gemäss Information des am stärksten betroffenen Eigentümers, also jenem der Parzelle 4022, wurde er nie durch die Stadt informiert. Als er erfuhr, um was es geht, fand am 15. September 2009 auf seine Initiative hin ein Treffen statt. Zu diesem Zeitpunkt hatte der Einwohnerrat die Vorlage bereits erhalten. Im Anschluss an diese Besprechung erhielt der Betroffene einen Brief, in welchem unter anderem wortwörtlich Folgendes stand: „Zu gegebener Zeit werden wir mit Ihnen Landerwerbsverhandlungen führen.“ Dies ist alles, was dieser Eigentümer von diesem Projekt erfuhr. Markus Gfeller muss wohl nicht weiter erklären, was mit einem solchen Verhandlungston initiiert wird.

Die betroffenen landwirtschaftlichen Grundstücke sind ziemlich steil. Dies nimmt man erst wahr, wenn man sich auf das Terrain begibt. Fährt man auf der Strasse daran vorbei, fällt dies weniger auf. Die mechanische Bewirtschaftung, wie sie jetzt vonstatten geht, ist möglich, weil der Hang im Tal ausläuft. Kommt der Traktor einmal ins Rutschen, hat man immer die Sicherheit, dass es unten flach wird und man wieder zum Stillstand kommt. Mit dem Bau des Baches in diesem v-förmigen Tal entfällt diese Sicherheit. Eine rationelle Bewirtschaftung der gesamten Parzelle würde schier unmöglich.

Die oberste Parzelle wird zusätzlich durch den Ausbau der Hauptstrasse beeinflusst, indem die Zufahrt von oben verloren geht. Das heisst, dass dieses Land von unten, also vom Moosweg her, bewirtschaftet und die gesamte Ernte von dorther weggefahren werden muss. Dort ist das Terrain jedoch am steilsten und geschickt hinein- und herausfahren kann man eigentlich nur zu unterst, unmittelbar neben dem Fussweg – also in der Talsohle, wo der Bach hinkommt. Dies führt dazu, dass die ganze Parzelle nicht mehr in der heutigen Form genutzt werden kann.

Daraus ergibt sich für Markus Gfeller das Stichwort der materiellen Enteignung. Die Betroffenen können Schadenersatzforderungen für die dadurch entstehende Abwertung des verbleibenden Landes geltend machen. Ob sie dies machen werden, ist jedoch unklar. Dasselbe gilt auch für den Landerwerb. Kann man sich mit den Eigentümern nicht einigen, findet halt ein Enteignungsverfahren statt. Schöpfen diese ihre rechtlichen Möglichkeiten jedoch

aus, ist der Zeitplan dieses Projekts ganz sicher nur Makulatur. Auch die eingestellten Kosten befänden sich möglicherweise auf dünnem Eis.

Es ist vorgesehen von der oberen Parzelle 34 Aren zu kaufen. Der kleinere Teil dieser 34 Aren wird für den Bach selber gebraucht, der grössere Teil ergibt sich aus den Gegebenheiten des Terrains. Das steile Bord, welches auch wegen des Ausbaus der Strasse entsteht, kann in keiner Form mechanisch bewirtschaftet werden. Deshalb kam man bei der Ausarbeitung dieses Projekts scheinbar zum Schluss, dass wahrscheinlich kein Bauer mehr Interesse daran hätte, das Futter dort oben ernten zu gehen. Zukünftig wird dies die Stadt machen müssen. Was jährlich wiederkehrende zusätzliche Unterhaltskosten bedeutet.

Die Abwasserrechnung wurde ebenfalls bereits erwähnt. Markus Gfeller stellt nochmals die Frage, ob ein solcher Landkauf wirklich im Interesse der Abwasserrechnung und der Stadt sein kann.

Die Parzelle, welche er einige Male genannt hat, wird seit jeher extensiv genutzt. Diese Wiese wird sehr zurückhaltend gedüngt. Das heisst, dass an diesem Ort eine standortspezifische Artenzusammensetzung entstanden ist. Der Beweis dafür sind jeweils die Zeigerpflanzen, welche an einem spezifischen Standort auftreten. Damit will er sagen, dass diese Wiese, so wie sie heute ist, einen hohen ökologischen Wert hat, trotz landwirtschaftlicher Nutzung.

Ob ein neu angelegter Bach mit all diesen Erschwernissen – oben die Strasse und unten ein wachsendes Siedlungsgebiet – an Ökologie viel mehr zu bieten hat, wagt er zu bezweifeln. Sicher ist aber, dass ein Bach in der Talsohle eines steilen und v-förmigen Tals Oberflächenwasser sammelt. Bei starkem Regen wird das Wasser künftig schneller aus dem Mühlethal heraus fließen. Es wird nicht mehr versickern und verzögert fließen, so wie man dies im Abwasserreglement möglichst fördern will, sondern, bei grossen Niederschlägen, direkt an der Oberfläche abfließen und im Bach landen. Dies wird dazu führen, dass in den unteren Gewässern in prekären Situationen mehr Wasser fließen wird. Der Projekttitle „Hochwasserschutzmassnahmen“ war für Markus Gfeller schon auf den ersten Blick irritierend.

Zum Schluss noch etwas, das in der Einwohnerratsvorlage gar nicht ersichtlich ist. In diesem Tal befindet sich auch eine Kanalisationsleitung. Tatsache ist, dass – vor allem im oberen Abschnitt – der Bach über längere Strecken genau dort zu liegen kommt, wo sich diese Abwasserleitung befindet. Mehrere Male kreuzt der Bach diese Leitung sogar. Gemäss Aussage des Bereichs Bau und Umwelt ist dies kein Problem. Höchstens bei einer allfälligen Sanierung könnte es aufwändiger werden. Ein Bächlein auf der Abwasserleitung – da staunt der Laie!

Der Handlungsbedarf am Moosbach wird nicht in Frage gestellt. Auch die gesetzlichen Bestimmungen über die Bachöffnung müssen nicht diskutiert werden. Ist es aber wirklich das Richtige, nur wegen diesen Tatsachen eine solche unfertige Vorlage zu verabschieden? Kostenrelevante Fragen sind noch offen. Die Reserven betragen bei diesem Projekt übrigens 10 %. Hat dies vielleicht etwas damit zu tun? Klare Antworten zu verlangen ist besser, als in Kauf zu nehmen, im Nachhinein vermeintliche Überraschungen zur Kenntnis nehmen zu müssen. Markus Gfeller bittet die Mitglieder des Einwohnerrates deshalb, dem Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion zuzustimmen.

Hr. Marcel Thüler teilt mit, dass die SP-Fraktion die Geschäfte GK 199 und GK 200 geprüft hat. Er kann vorneweg nehmen, dass sie die beiden Vorlagen unterstützt. In der Fraktion wurden noch einige Punkte besprochen. Die Gestaltung des Moosbachs sowie die Idee, diesen zu öffnen, kamen bei ihr sehr gut an. Offenbar fand man mit der teilweisen Bachöffnung bei der Parzelle 4010 ebenfalls eine gute Lösung. Dass diese beiden Geschäfte von der Natur- und Landschaftsschutzkommission behandelt wurden und unterstützt werden, zeigt, dass die Projekte ökologischen Anforderungen entsprechen und dem Landschaftsbild gut tun.

Die Verhandlungszone des Altachenbachs neben dem NAWI-Trakt beim BZZ freut die SP-Fraktion. Leider sind dafür noch keine definitiven Pläne vorhanden. Alles in allem also zwei gute Vorlagen, wenn da nicht noch die Finanzierung wäre. Die SP-Fraktion beisst in den sauren Apfel und stimmt den stadträtlichen Anträgen, die beiden Projekte aus der Abwasserkasse zu bezahlen, zu. Sie hofft jedoch sehr, dass in Zukunft darauf verzichtet wird, solche „Kässeli“ über die Gebühren zu öffnen.

Hr. Hansruedi Gilgen, Stadtrat, möchte festhalten, dass die Kontaktaufnahme zwischen dem Bereich Bau und Umwelt und dem betroffenen Landwirt vor dem Versand der Einwohnerratsvorlage aufgegleist wurde. Das Telefongespräch, welches der entsprechende Sachbearbeiter mit dem Landeigentümer geführt hat, muss ausgesprochen unerfreulich verlaufen sein. In der Zwischenzeit weiss man auf alle Fälle, was vom Stadtrat sowie den Mitarbeitenden der Verwaltung gehalten wird. Ebenso, wie ehemalige Gemeinderatsmitglieder in diesem Ortsteil qualifiziert werden. Letztlich musste aus diesem Gespräch geschlossen werden, dass Gesprächsverweigerung stattfindet.

Daraufhin hat sich der Bereichsleiter zusammen mit dem Ressortchef aufgemacht, um diesen Grundeigentümer zu begrüssen und ihm das Projekt vorzustellen. Diese Person kennt das Projekt demzufolge mindestens so gut, wie die einwohnerrätliche FGPK. Dass sie nicht geklatscht hat, liegt in der Natur der Sache.

Eine Rückweisung bringt schlussendlich keine neuen Erkenntnisse, da die Abklärungen in Bezug auf die Lage der bestehenden Abwasser- und Sickerleitungen in diesem Gebiet anlässlich der Projekterarbeitung entsprechend vorgenommen wurden. Man kennt die Lage dieser Leitungen und die betroffenen Abwasserleitungen sind saniert und befinden sich in einem guten Zustand. Ganz im Gegensatz zur Bachleitung.

Ausser Verzögerungen – auch für die Bauherrschaft, welche auf der Parzelle 4010 die Überbauung realisieren möchte – wäre aus Sicht von Stadtrat Hansruedi Gilgen eine Rückweisung ohne zusätzlichen Kenntniskern die Folge.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen mehr. Die Vorsitzende lässt über den Antrag der SVP-Fraktion abstimmen:

Die Vorlage „Kreditbewilligung für die Hochwasserschutzmassnahmen beim Moosbach und Sonnenwandbach“ sei zurückzuweisen.

Der Antrag wird mit 26:9 Stimmen abgelehnt.

Hr. Hans Rudolf Schlatter fasst sich ganz kurz. Die Dynamische Mitte ist über beide Projekte sehr erfreut. Also sowohl über die Renaturierung im Mühlethal als auch am Altachenbach. Weil das Offenlegen des Moosbachs und Sonnenwandbachs unter Hochwasserschutz geht und mit Geldern aus der Abwasserkasse finanziert wird, geht plötzlich etwas. Würde es sich um eine Renaturierung handeln, welche der Naturschutz bezahlen müsste, würde er dies nicht mehr erleben. Die Dynamische Mitte findet das Projekt sehr gut, einzig die partielle Bachöffnung bei der Parzelle 4010 stört, aber sie akzeptiert diesen gutschweizerischen Kompromiss.

Dasselbe gilt auch für den Altachenbach. Die Dynamische Mitte ist von diesem Projekt überzeugt. Dieses verleiht den nötigen Schutz vor dem Wasser und wertet den Bachlauf auf. Noch eine persönliche Bemerkung von Hans Rudolf Schlatter: Bei diesem Projekt hat er vor allem damit Mühe, dass er mit seiner Abwassergebühr eine neue Brücke sowie einen Fussweg bezahlen muss.

Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, eröffnet die Vorsitzende die Detailberatung über die Vorlage.

Das Wort wird in der Detailberatung nicht verlangt, die Vorsitzende lässt über den stadträtlichen Antrag abstimmen:

Für die Hochwasserschutzmassnahmen beim Moosbach und Sonnenwandbach sei ein Kredit von brutto CHF 595'000.–, zuzüglich allfälliger Teuerung, abzüglich Kantonsbeitrag, zu bewilligen.

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 26:9 Stimmen zugestimmt.

Art. 153**GK 200****Hochwasserschutzmassnahmen beim Altachenbach**

Hr. Michael Wacker, Referent der FGPK, kann sich sehr kurz halten. In der FGPK gab es zu diesem Projekt zwei oder drei „unbedeutende“ Fragen. Diese wurden äusserst schlüssig beantwortet und die FGPK empfiehlt auch dieses Projekt einstimmig zur Annahme.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet die Vorsitzende die Eintretensdebatte.

Hr. Hansruedi Gilgen, Stadtrat, ist natürlich erfreut und dankbar über die positive Aufnahme dieser Vorlage. Er möchte einfach noch eine Ergänzung anbringen: Es wurde bereits gesagt, dass die Verhandlungszone im Bereich des NAWI-Trakts des BZZ noch nicht definitiv geplant werden konnte. Dies aus dem einfachen Grund, weil sich die kantonalen Instanzen, welche als Eigentümer dieser Liegenschaft auftreten, noch nicht ganz im Klaren sind, in welchem Bereich sie Freiräume offen halten wollen für allfällige Erweiterungsvorhaben im Bereich des BZZ. Das Aufweitungsprojekt ist Bestandteil dieser Vorlage, wird aber möglicherweise ein wenig nach Norden oder Süden verschoben werden müssen. Dies je nach Ergebnis der Abklärungen, wo diese Freiräume liegen sollen.

Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, eröffnet die Vorsitzende die Detailberatung über die Vorlage.

Das Wort wird in der Detailberatung nicht verlangt, die Vorsitzende lässt über den stadträtlichen Antrag abstimmen:

Für die Hochwasserschutzmassnahmen beim Altachenbach sei ein Kredit von brutto CHF 864'000.–, zuzüglich allfälliger Teuerung, abzüglich Kantonsbeitrag, zu bewilligen.

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 35:0 Stimmen zugestimmt.

Art. 154**GK 201****Aufarbeitung der Vorfälle im Ressort Sicherheit, Behebung der Defizite und Lehren für die Zukunft**

Vorab eine Bemerkung der Ratspräsidentin: Sie bedauert, dass die FGPK-Präsidentin nicht die Zeit gefunden hat, ihr Votum vorher kurz mit ihr zu besprechen bzw. nur die Zeit gefunden hat, dieses mit dem Stadtrat zu besprechen. Gewisse Doppelspurigkeiten hätten auf diese Weise allenfalls vermieden werden können.

Der Einwohnerrat hat den fünfseitigen Bericht des Stadtrates am 9. Oktober 2009 erhalten. Unmittelbar nach Bekanntgabe der Vorfälle bzw. des Rücktritts von Herbert H. Scholl wurde abgeklärt, wo die Zuständigkeiten liegen. Es hat sich ergeben, dass die FGPK nicht zuständig ist. § 15 Abs. 1 der Gemeindeordnung besagt, dass die Oberaufsicht über die Verwaltung dem Einwohnerrat zusteht. Das heisst, dass die Aufsichtsfunktion beim Gesamtgremium liegt.

Aufgrund dieser Erkenntnis und weil sie, als Präsidentin dieses Rats, der Überzeugung war, dass der Einwohnerrat bei einem Vorfall dieser Tragweite und grossem öffentlichem Interesse nicht ausgeschlossen werden darf, wollte sie anfangs September eine ausserordentliche Einwohnerratssitzung einberufen. Der Stadtrat hat sich auch bereit erklärt, an einer solchen Sitzung im Rahmen der Möglichkeiten Auskunft zu geben.

Diese Sitzung kam nicht zustande, weil an der vorhin erwähnten FGPK-Sitzung von allen Parteien signalisiert wurde, dass eine öffentliche Einwohnerratssitzung zum Thema Repol nicht gewünscht bzw. als nicht sinnvoll angesehen werde. Die Ratspräsidentin sah ebenfalls keinen Sinn dahinter, mit einer Minderheit des Einwohnerrates oder sich selber eine Sitzung abzuhalten.

Die Mitglieder des Einwohnerrates haben den stadträtlichen Bericht vor sich liegen und haben nun die Gelegenheit, dazu Stellung zu nehmen.

Nachdem das Wort nicht verlangt wird, lässt die Vorsitzende über den stadträtlichen Antrag abstimmen:

Vom Bericht sei Kenntnis zu nehmen.

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 34:0 Stimmen zugestimmt.

Art. 155

GK 192

Motion der SP-Fraktion vom 15. Juni 2009 betr. Energiefonds (Begründung und Beantwortung)

Die begründete Motion liegt vor. Ebenso die schriftliche Stellungnahme des Stadtrates, in welcher er darlegt, weshalb die Motion nicht überwiesen werden soll.

Hr. Michael Wacker erlaubt sich in diesem Zusammenhang, noch kurz drei weitere Gedanken, welche die SP-Fraktion zu dieser Motion bewegen haben, zu erläutern:

1. Man bewegt nichts, wenn man alles an übergeordnete Stellen wie Bund und Kanton abschiebt.
2. Die Zukunft gehört den erneuerbaren Energien und dem effizienten Umgang mit dem kostbaren Gut Energie. Zofingen kann mit einem Energiefonds dieser Zukunft auf die Sprünge helfen.
3. Erneuerbare Energien sind nicht einfach ein „Fundi-Grünes Anliegen“, sondern knallhartes Business. An diesem Business kann man als Region, Stadt oder auch Privatperson partizipieren. Für den Wirtschaftsstandort Zofingen kann dies Arbeitsplätze bedeuten oder beispielsweise für die StWZ ein hochinteressantes, profitables und neues Geschäftsfeld.

Was hat die SP-Fraktion vorgeschlagen?

Zofingen soll einen Energiefonds erhalten. Als Beispiel kann das Reglement der Stadt Luzern dienen. Die jährliche Einlage in diesen Fonds soll CHF 300'000.– betragen. Diesen Vorschlag entnahm die SP-Fraktion der Medienmitteilung des Stadtrates vom letzten Frühling, in welcher stand, dass der Stadtrat der StWZ CHF 300'000.– Konzessionsgebühren erlassen hat zur Wirtschaftsförderung. Die Höhe des Fonds wurde offen gelassen, sinngemäss wurde sie aber an das Luzerner Modell gekoppelt. Dies würde im Falle von Zofingen ungefähr CHF 1 Mio. bedeuten.

Der Stadtrat hat eine ausführliche Stellungnahme zu dieser Motion verfasst. Die SP-Fraktion geht mit dieser eigentlich weitgehend einig. Zur Ausgangslage möchte sie nur anmerken, dass sie von dieser Arbeitsgruppe Energie noch nicht viel Konkretes bemerkt hat.

Zu den Randbedingungen drei Bemerkungen:

1. Das Klimaprogramm des Bundes, der sogenannte Klimarappen, welches erwähnt wurde, läuft am 31. Dezember dieses Jahres aus. Hier fallen also Fördergelder weg.
2. Die erwähnten Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKE) erfordern im Kanton Aargau eine Anpassung des Energiegesetzes. Dieses wurde vor einigen Tagen in die Vernehmlassung geschickt.

3. Der Stadtrat bemerkt richtig, dass der Kanton Aargau, zum Teil in Ergänzung zu den Bundesprogrammen, teilweise eigenständig Fördergelder zur Verfügung stellt. Dies könnte man als Stadt, in Ergänzung zu den kantonalen und eidgenössischen Fördergeldern, eigentlich ebenfalls machen.

Zur Energiepolitik in Zofingen:

- Der Stadtrat schreibt in seinen Ausführungen zur Zofinger Energiepolitik über die BNO sowie das in Verbindung stehende Energiereglement, welche sich ebenfalls in der Vernehmlassung befinden.
- Gleichzeitig schreibt er auch von finanziellen Anreizen für Private, Investitionen in Energiesparmassnahmen zu tätigen.

Konkret zum Energiereglement, welches der Stadtrat erwähnt:

- Als die SP-Fraktion diese Motion verfasste und einreichte, wusste sie nicht, was in diesem Energiereglement stehen wird. Dies war ein weiterer Grund, weshalb sie diese Motion einreichte. Auf diese Weise konnte sie nämlich aufzeigen, was sie eigentlich erwarten würde.
- Grundsätzlich hat die SP-Fraktion in der Benennung und Zielsetzung des Energiereglements keine Differenz. Man kann ein Energiefondsreglement durchaus auch Energiereglement nennen.
- Nach Meinung der SP-Fraktion ist das Energiereglement jedoch mangelhaft. Es gibt einige gute Beispiele für bessere Reglemente. Die Stadt Luzern wurde in ihrer Motion bereits erwähnt, Gossau im Kanton St. Gallen ist ein weiteres gutes Beispiel.
- Beispielsweise im Abschnitt Beiträge sollte man in das stadträtliche Reglement unbedingt auch die Förderung der Energiegewinnung aus erneuerbaren Energien aufnehmen. Dazu gehören unter anderem:
 - Kleinwasserkraftwerke
 - Grundwassernutzung
 - Biogasanlagen
 - solarthermische und photovoltaische Anlagen
 - usw.
- Weiter macht der Stadtrat mit der Definition einer maximalen Beitragshöhe von CHF 10'000.– nach Ansicht der SP-Fraktion einen Fehler: Er steckt einen Deckel drauf und verhindert damit die nötige Flexibilität bei der Beurteilung eines Projekts. Man könnte beispielsweise auch sagen, dass die Beiträge maximal die Hälfte der nicht amortisierbaren Kosten betragen.

Man könnte lange über dieses Thema referieren, Michael Wacker möchte aber zum Schluss kommen. Dabei möchte er trotzdem gerne noch einige Gedanken loswerden:

Luzern und Gossau richten Förderbeiträge nicht nur an Private und juristische Personen aus, sondern auch an öffentliche Körperschaften. Zofingen schliesst dies offenbar aus. Warum eigentlich?

Luzern und Gossau finanzieren aus einem solchen Energiefonds ihre Energieberatungsstellen. Gossau sogar zu 100 %. Diese ist übrigens den Stadtwerken angegliedert und somit beim Energielieferant der Stadt verankert. Dies müsste doch auch in Zofingen möglich sein.

Luzern und Gossau finanzieren aus dem Energiefonds beispielsweise auch die Förderung von energiesparenden Haushaltgeräten. So läuft in Gossau momentan ein Projekt mit bereitgelegten CHF 50'000.– zur Ausmerzung alter Haushaltgeräte, also von Kühlschränken, Gefriertruhen, Waschmaschinen, Geschirrspüler usw.

Noch einige Zahlen von Gossau im Vergleich zu Zofingen:

Gossau ist seit 1999 Energiestadt und liegt aktuell auf Platz 72 dieser Rangliste. Zofingen ist seit 2007 Energiestadt und befindet sich aktuell auf Platz 157. Gossau hat 17'285 Einwohner, Zofin-

gen 10'787. Der Steuerfuss von Gossau liegt bei 119 %, jener von Zofingen bei 102 %. Im Jahr 2008 hatte Gossau einen Selbstfinanzierungsgrad von knapp 118 % und Zofingen von 119 %. Die Selbstfinanzierung von Gossau betrug im selben Jahr 41 %, jene von Zofingen 31 %. Gossau hatte per 31. Dezember 2008 eine Nettoschuld von CHF 129.55 pro Einwohner, Zofingen ein Vermögen von CHF 170.– pro Einwohner. Gossau generiert pro Einwohner CHF 2'645.– Steuern, Zofingen über CHF 3'000.–.

Die Stadtwerke von Gossau verkaufen 22 % erneuerbare Energien, die Zofinger Stadtwerke 17,4 %. Gossau verkauft 74 % Atomstrom, Zofingen 75 %. Die Abfälle betragen in Gossau 3,8 % und in Zofingen 2,7 %.

Das Stadtparlament von Gossau setzt sich wie folgt zusammen: CVP 34,22 %, FDP 14,23 %, parteilose 14,31 %, SP 8,22 % und SVP 8,20 %. Die Verhältnisse im Zofinger Stadtparlament kann man sich selber ausrechnen.

Am 17. Mai 2009 hat Gossau in einer Volksabstimmung ein Energiefondsreglement angenommen. Die jährliche Einlage beträgt CHF 500'000.–. Die Stimmbeteiligung lag bei 30,3 %, wobei der Ja-Stimmen-Anteil bei 79 % lag. So etwas müsste doch auch in Zofingen möglich sein. Entgegen dem Stadtrat ist die SP-Fraktion der Meinung, dass die Zielsetzungen ihrer Motion nicht erfüllt sind. Zofingen kann mit einem guten Energiefonds bzw. -reglement der Zukunft auf die Sprünge helfen sowie etwas bewegen und verbinden. Deshalb hält die SP-Fraktion an ihrer Motion fest.

Von Seiten des Stadtrates werden keine Ergänzungen zur schriftlichen Stellungnahme gemacht.

Die Vorsitzende hält fest, dass jetzt gemäss § 50 Abs. 3 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates die Aussprache offen ist.

Hr. Hans Rudolf Schlatter erklärt, dass die Fraktion Dynamische Mitte bei dieser Motion geteilter Ansicht ist. Der grössere Teil der Fraktion findet, dass heutzutage die Energieförderung durch Bund und Kanton ausreichend ist und die Stadt Zofingen nicht auch noch einen solchen Fonds braucht. Die Minderheit der Fraktion, und dazu gehört auch Hans Rudolf Schlatter, sieht dies anders. Zofingen macht wenig bis gar nichts und diese Motion ist das geeignete Instrument, damit etwas Substantielles passiert.

Noch eine persönliche Anmerkung von Hans Rudolf Schlatter: Das bereits einige Male zitierte und sogar gelobte Energiereglement regelt eigentlich nur die Baustandards mit Minergie und Minergie P, was ja sehr gut ist. Aber alles andere, wie erneuerbare Energien, Energieeffizienz, alternative Mobilität usw., existiert nur in den Zielsetzungen und wird mit keiner Massnahme auch nur ein bisschen konkretisiert. Sprich, die Stadt wird von sich aus nichts machen und dies kann es heutzutage eigentlich nicht sein.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen mehr. Die Vorsitzende lässt über die Überweisung der Motion abstimmen:

Die Überweisung der Motion wird mit 18:15 Stimmen abgelehnt.

Art. 156

Umfrage

Hinweis der Protokollführung

An der Einwohnerratssitzung wurden zuerst alle Fragen gestellt, und danach folgten die Beantwortungen durch den Stadtrat. Aus Gründen der Übersichtlichkeit folgt im Protokoll die jeweilige Beantwortung gleich nach der Frage.

Hr. Stefan Giezendanner bemerkt, dass die Mitglieder des Einwohnerrates heute einen Block auf dem Tisch liegen haben. Er begrüsst dies sehr und das neue Logo gefällt ihm ebenfalls. In

Anbetracht des rigorosen Kostenmanagements schlägt er vor, dass die Blöcke bei jenen Personen, welche diesen nicht verwenden, nach der Sitzung wieder eingezogen und das nächste Mal wieder ausgeteilt werden – egal, ob diese neu oder leicht reduziert sind. Er findet diese Blöcke eine sehr gute Sache, vor allem, wenn man etwas zu schreiben hat.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, bedankt sich für die positive Bemerkung zum neuen Erscheinungsbild. Er überlässt es den Mitgliedern des Einwohnerrates, ob sie die Blöcke nach der Sitzung hier lassen oder mit nach Hause nehmen wollen. Diese Blöcke sind nicht viel teurer, als solche ohne Logo-Aufdruck.

Hr. Stefan Giezendanner ist von Natur aus ein Sportler. Dies eher Richtung Handball als Fussball, aber er möchte an dieser Stelle dennoch eine Lanze brechen für die jungen Sportler auf dem Fussballplatz Rigiweg. Gerne möchte er wissen, wie der Stand der Dinge ist. Verschiedene Bevölkerungsschichten kommen auf ihn zu und fragen nach, ob diese Angelegenheit nicht nochmals aufgerollt werden könnte. Warum gerade ein Verbot anstelle eines Gebots aussprechen? Er möchte beliebt machen, ein Gebot auszusprechen. Es geht darum, dass sich gewisse Anwohnerinnen und Anwohner wegen des Lärms belästigt fühlten. Den Jugendlichen soll dieser Platz aber nicht einfach so weggenommen werden. Der Stadtrat soll dies bitte nochmals überdenken.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, erklärt, dass noch eine Orientierungs- bzw. Diskussionsversammlung stattfinden wird. Er möchte an dieser Stelle noch kein Datum nennen, aber diese wird voraussichtlich auf die erste Hälfte November 2009 angesetzt. In einer ersten Reaktion sind nur jene öffentlich aufgetreten, welche sich daran gestört und durch den Lärm belästigt gefühlt haben, in welcher Form auch immer. Diese Personen haben sich auch durch einen Anwalt vertreten lassen. Zu diesem Zeitpunkt hörte man noch relativ wenig von denjenigen, welche dort Fussball spielten.

Als Verantwortlicher des Bereichs Sport hat sich der Stadtammann immer dafür eingesetzt, dass solche Quartierbewegungsplätze geschaffen werden. Dabei handelt es sich aber um Bewegungsplätze und nicht um Fussballplätze. Diese müssen ganz klar differenziert werden von den effektiven Fussballplätzen, auf welchen Fussball gespielt und Trainings abgehalten werden. Solche Plätze sind in der Trinermatte und bei der Bezirksschule vorhanden. Bei Bewegungsplätzen ist es eigentlich üblich, so besagt es jedenfalls die Sportwissenschaft, dass keine Tore aufgestellt werden. Auf der einen Seite können die Kinder frei spielen und auf der anderen Seite können jene, welche dies wirklich wollen, Fussball spielen, indem sie das Tor mit Stecken abstecken oder mit ihren Sporttaschen markieren.

Warum ist dies so? Man möchte verhindern, dass organisierte Mannschaften diesen Platz praktisch entern und die kleineren Kinder nachher von dort verdrängt werden. Die Sportwissenschaft bietet solche Bewegungsplätze an. Der Stadtrat kam vom Sportwettkampfbereich Fussball, bei welchem unter anderem genau das Problem bestand, dass ganze Mannschaften mit dem Auto vorfahren, weg. Diese Mannschaften spielten dort Fussball, wodurch man einerseits das Problem der Parkiererei und andererseits des Litterings hatte. Zudem mussten diese Personen irgendwo ihre Geschäfte verrichten. Dies passiert nicht, wenn man aus dem Quartier stammt.

Die Bemühungen des Stadtrates sind nun, diesen Platz wieder zu einem Bewegungsplatz machen zu können. Dies möchte er den Leuten, welchen diesen Platz nutzen, mitteilen. Ebenso den anderen Personen, um ein wenig Verständnis schaffen zu können. Im Moment ist es so, dass der Platz vom Werkhof ganz normal gepflegt wird. Das Gras wird regelmässig geschnitten, aber es stehen einfach keine Tore mehr dort.

Der Stadtammann, welcher sowohl für das Ressort Sport als auch das Ressort Polizei verantwortlich ist, hat bisher weder von den Anwohnerinnen und Anwohnern noch von den Sportlerinnen und Sportlern negative Reaktionen vernommen. Er hofft, dass diese Diskussionsrunde rege genutzt wird. Danach wird der Stadtrat schauen, welchen Weg er weiter gehen will.

Fr. Anita Bolliger hält fest, dass die Bauerei in den Gassen von Zofingen abgeschlossen ist und die Bänke stehen. Sie findet es allerdings noch ein wenig grau. Wie sieht es mit den Blumen aus, gibt es im Frühling wieder welche?

Gemäss Hr. Hansruedi Gilgen, Stadtrat, sind Pflanzen im öffentlichen Raum immer ein Thema. Selbstverständlich mussten die Pflanzkübel wegen der Bauerei – man könnte beinahe sagen glücklicherweise – weggeräumt werden. Man kann sich nämlich durchaus auch über die Ästhetik solcher Pflanzkübel unterhalten. Diejenigen, welche bisher in den Gassen standen, sind nicht mehr ganz kompatibel mit den Vorstellungen des jetzigen Erscheinungsbildes der Altstadt. Es wird sicher so sein, dass, wie bisher, an einzelnen Ecken Pflanzenschmuck in geeigneter Form hingestellt wird. Der Krux ist aber, dass die Behältnisse mobil sein müssen, weil sie sonst bei Veranstaltungen im Weg stehen. Allerdings – und diese Einschränkung möchte Stadtrat Hansruedi Gilgen machen – müsste man parallel dazu dafür sorgen, diesen unsäglichen Vandalismus, welcher sich vor allem auch in der Beschädigung von Pflanzen und Anlagen in der Altstadt äussert, in den Griff zu bekommen.

Bei Hr. Marcel Thüler geht es nicht um Blumen, sondern um Steine. Er besucht in unregelmässigen Abständen den Friedhof und pflegt dort ein Grab. Als er vor 7 Jahren einen Stein auf das Grab legte, wurde er vom Friedhofgärtner bzw. einem Mitarbeitenden darauf hingewiesen, dass es sich dabei um fremdes Sediment handle und dieses auf keinen Fall auf dieses Grab gelegt werden dürfe. In Erinnerung an die verstorbene Person machte er es trotzdem und dieser Stein liegt heute noch dort. Als er am letzten Samstag wieder einmal auf dem Friedhof war, um das Grab auf die Winterzeit vorzubereiten, wurde er am Eingang von einem orangefarbenen Informationsschreiben empfangen, in welchem darauf hingewiesen wurde, dass das Bestattungs- und Friedhofreglement nicht zulasse, dass Steine auf den Gräbern deponiert werden. Weshalb wird dieses veraltete Reglement nicht den Bedürfnissen der Friedhofbesuchenden angepasst bzw. ist eine solche Anpassung geplant? Marcel Thüler ist sich bewusst, dass das „Leben“ auf dem Friedhof ebenfalls gewisse Regeln braucht, aber er würde sich eine bedürfnisgerechtere Handhabung dieser Reglemente wünschen.

Fr. Therese Müller, Stadträtin, nimmt diese Anregung gerne mit. Eine Revision des Bestattungs- und Friedhofreglements ist vorgesehen. Diese wird man auch dem Einwohnerrat vorlegen. Marcel Thüler wird zu diesem Zeitpunkt gegebenenfalls dazu Stellung nehmen und sein Anliegen kundtun können.

Hr. Hans Rudolf Schlatter möchte sich für die neue Homepage der Stadt Zofingen bedanken. Er hat diese genau angeschaut und dabei einen gröberen Fehler entdeckt. Es wird nämlich immer noch behauptet, dass Zofingen den tiefsten Steuerfuss des Bezirks hätte. Mindestens die Gemeinden Attelwil – mit einem Steuerfuss unter 100 % – und Rohrist – mit einem Steuerfuss von 100 % – liegen darunter. Man sollte dies noch korrigieren.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, dankt Hans Rudolf Schlatter für diese Bemerkung. Selbstverständlich handelt es sich bei dieser Aussage um einen Fehler. Zofingen befindet sich hinter Attelwil und Rothrist auf dem dritten Platz.

Hr. Benno Riss stellte während seinen Ferien in Belgien fest, dass Kunststoffe – also Plastiksäcke, Folien usw. – dort separat gesammelt werden. Dies ist in Zofingen noch nicht möglich. Er hat sich entsprechend beim Werkhof erkundigt. In Reiden wird dies neuerdings durch die Hess Muldenservice AG angeboten. Könnte dieses Angebot in Zofingen nicht auch ergänzt werden? Letztlich musste er eine grosse Plastikbox entsorgen und konnte diese mit einer Sperrgutmarke versehen freundlicherweise der normalen Kehrtafelfahrt mitgeben. In diesem Zusammenhang wäre zudem zu überlegen, ob nicht, wie dies momentan in Basel der Fall ist, ein- bis zweimal pro Jahr eine Sperrgutabfuhr organisiert werden könnte.

Hr. Hansruedi Gilgen, Stadtrat, hält fest, dass in der Schweiz praktisch nirgends von der öffentlichen Hand der Kunststoff separat gesammelt wird. Die Begründung ist relativ einfach: Kunststoff ist ein heterogenes Produkt sondergleichen. Konservenbüchsen und Alubüchsen kann man noch definieren. Aber die verschiedenen Kunststoffarten übersteigen das Durchschnittswissen einer haushaltführenden Person in der Schweiz. Dies ist der wesentlichste Grund, weshalb im Haushaltbereich auf die separate Sammlung von Kunststoffen verzichtet wird. Die

private Initiative des Abfallhändlers in Reiden geht ganz klar in die Richtung, dass er auf privater Basis diese Kunststoffe sammelt und in seinem Werkhof trennt. Aufgrund der Bedingungen in der Zofinger Wertstoffsammelstelle ist dies schlicht nicht möglich. Im Übrigen hält man sich auch an die Empfehlungen der entsprechenden Fachverbände, welche besagen, dass man im Bereich des Haushaltes die Hände weglassen soll von Kunststoffabfällen. Schlussendlich ergibt dies ein Sammelsurium, welches nicht verwertbar ist und trotzdem in der thermischen Verwertung landet.

Die Thematik der Sperrgutabfuhr kann man aufnehmen. Die Bedürfnisse in diese Richtung sind jedoch relativ klein, weil das Meiste doch Dimensionen hat, bei welchen man es der öffentlichen Kehrriktabfuhr mitgeben kann. Letztlich wird bei jeder Abfuhr Sperrgut mitgenommen, wenn die Dimensionen der Gegenstände so sind, dass sie in das Kehrriktfahrzeug befördert werden können.

Hr. Benno Riss hat am Samstag mit Erstaunen in der Zeitung gelesen, dass die Kastanienabgabe nicht in der Stadt, sondern auf dem Heiternplatz stattfindet. Das heisst, dass die Kinder, welche bisher mit Veloanhänger und Leiterwagen in die Stadt eingezogen sind, den Vater oder die Mutter organisieren müssen, damit diese sie auf den Heitern fahren können. Weshalb ist dies so? Hat man in der Altstadt nirgends ein freies Plätzchen gefunden?

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, kann die Fragen zur Kastanienabgabe leider nicht beantworten. Beim Organisator handelt es sich um einen privaten Verein. Die Stadt hat nichts mehr damit zu tun. Im Moment kann er sich dies auch nicht erklären, aber er kann sich schlaue machen.

Die Frage von Hrn. Michael Wacker ist deckungsgleich mit jener von Stefan Giezendanner.

Die Vorsitzende hat zum Schluss noch eine Mitteilung an einige Mitglieder des Einwohnerrates. Am Donnerstag, 26. November 2009, findet um 18.00 Uhr die Vorbereitungssitzung für die neue Legislaturperiode statt. Zu dieser Sitzung werden die amtierenden Fraktionspräsidenten aller Parteien, die bestgewählten Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte jeder Liste sowie die Einwohnerratspräsidentin eingeladen. Geleitet wird die Sitzung von Stadtammann Hans-Ruedi Hottiger, ebenfalls anwesend ist Stadtschreiber Arthur Senn.

An dieser Sitzung geht es vorab darum, dass die Sitzungsteilnehmerinnen und -teilnehmer Aufträge entgegennehmen und innert nützlicher Frist mit ihren Parteien bzw. Fraktionen zusammenkommen, um Nominierungen für die Ämter in der neuen Legislatur festzulegen. Es geht also um das Einwohnerratspräsidium, das Einwohnerratsvizepräsidium, das FGPK-Präsidium, die FGPK-Mitglieder usw. Eine schriftliche Einladung folgt noch.

Die Ratspräsidentin wünscht allen einen schönen Abend und weist darauf hin, dass sich der Einwohnerrat am 23. November 2009 zum letzten Mal in dieser Zusammensetzung sieht.

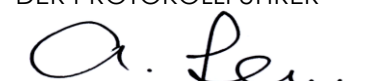
Schluss der Sitzung: 21.00 Uhr

Für getreues Protokoll:

DIE RATSPRÄSIDENTIN


Käthi Hagmann

DER PROTOKOLLFÜHRER


Arthur Senn